

vorwärts

DIE ZEITUNG DER DEUTSCHEN SOZIALEMOKRATIE ■ Gegründet 1876



UNSER KOMPASS
IN DER CORONA-ZEIT:
**SOLIDARISCH
DURCH
DIE KRISE**

VORWÄRTS LIEBER DIGITAL LESEN

Empfiehl unser
E-Paper weiter!
Anmeldung:
[spd.de/vorwaerts-
epaper](http://spd.de/vorwaerts-epaper)

DANKE an
70.000
Abonnenten!

**Mit dem vorwärts-E-Paper bist du schneller informiert,
profitierst von Bonus-Inhalten
und hilfst, Geld und Papier zu sparen.**

*Bei Fragen oder Anregungen
schreib uns an: epaper@vorwaerts.de*

THEMEN IN DIESEM HEFT



Vorbildlich: Solidarität in der Corona-Krise

S. 8

TITEL

- 4 »**DIE GESUNDHEIT HAT OBERSTE PRIORITY**« Interview mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz
- 6 **SICHERHEITSNETZ GEGEN EXISTENZANGST** Arbeitsminister Heil will um jeden Job kämpfen
- 7 **ANTWORTEN ZUR KURZARBEIT** Wem der Staat wie hilft
- DIE DEMOKRATIE HAT KLUG UND SCHNELL GEHANDELT** – Von SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich
- 8 **ABSTAND HALTEN UND ZUSAMMENRÜCKEN** Nachbarschaftshilfe in der Corona-Krise
- 9 **JETZT MEHR EUROPA WAGEN** – Von Katarina Barley, Vizepräsidentin des EU-Parlamentes
- DAS BEWUSSTSEIN FÜR UNGLEICHHEIT WÄCHST** Die Situation in Frankreich
- 10 **GESPALten UND EINIG ZUGLEICH** – Die politische Lage in Italien angesichts der Corona-Krise
- EIN MEER DER SOLIDARITÄT** Die Situation im Königreich Spanien
- 11 **JETZT MUSS DER STAAT INVESTIEREN** – Sebastian Dullien fordert ein Konjunkturprogramm
- AKTUELL**
- 12 **RASSISMUS AM LAUFENDEN BAND** Aktionen gegen rechts



Bela Bach: jüngste Abgeordnete im Bundestag

S. 16

PARTEI LEBEN!

- 13 **SPD-BASIS: KREATIV IN DER KRISE** Innovative Parteiarbeit in Zeiten von Corona
- 14 **GEGEN DEN TREND: 50 NEUE MITGLIEDER** OV-Porträt Krefeld Oppum-Linn
- 15 **ANPASSUNG VERSCHOBEN** – SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan zu den Mitgliedsbeiträgen
- 16 **PLÖTZLICH BUNDESTAG** Porträt der SPD-Abgeordneten Bela Bach

WIRTSCHAFT

- 21 **SICH ABSCHOTTEN NUTZT KEINEM** Wirtschaftspolitische Forderungen von Jakob von Weizsäcker

KULTUR

- 22 **KAPITALISMUS – ZUR ZEIT GESCHLOSSEN** Die aktuelle Ausstellung in der Bundeskunsthalle
- DIGITALE BÜHNE IM WOHNZIMMER** Wie Kulturschaffende auf das Virus reagieren
- 23 **SICH IN DIE LAGE ANDERER EINFÜHLEN** Tanja Dückers über die Bedeutung von Solidarität

HISTORIE

- 24 **SPD AKZEPTIERT WESTINTEGRATION** Vor 60 Jahren: Herbert Wehnens Rede im Bundestag
- 25 **WER WAR'S?** – Historisches Bilderrätsel



Kapitalismus-Ausstellung: Wohn-Gegensätze in Nairobi S. 22

KOLUMMEN

- 18 **GLOBAL GEDACHT** – Rafael Seligmann
- 19 **UNSER EUROPA** – Kay Walter
- 26 **DAS ALLERLETZTE** – Martin Kaysh

17 **BUNDESTAGSFRAKTION**

- 18 **IN KÜRZE** | 20 **LESERBRIEFE**
- 24 **IMPRESSUM** | 25 **RÄTSELSEITE**

Redaktionsschluss 20. April 2020

Die nächste Ausgabe erscheint am 4. Juli 2020.



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

das Coronavirus hat unser Leben aus den Fugen gebracht. Es zeigt, wie verwundbar wir sind. Nichts ist mehr, wie es war. Solche massiven Veränderungen und eine so fundamentale Verunsicherung konnten wir uns bis vor wenigen Wochen nicht vorstellen.

Die Krise zeigt uns aber auch, wie stark unser Sozialsystem ist, wie stark unser Staat. Wir scheinen – Stand heute – die Pandemie besser zu bewältigen als die meisten anderen Länder. Daran haben viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung großen Anteil – gestern wie heute. Die Bundesminister tun in enger Abstimmung mit unseren Ministerpräsidentinnen und -präsidenten sowie mit der Parteispitze in der Koalition alles dafür, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Seuche abzufedern. Sie haben dafür gesorgt, dass unser Gesundheitssystem sich auf den Höhepunkt der Pandemie, den wir womöglich noch nicht erreicht haben, vorbereiten konnte. Der Dank gilt auch all denen, die vor Ort unser Leben am Laufen halten.

Dieser Erfolg darf jedoch nicht zu nationaler Überheblichkeit führen, sondern muss unsere Solidarität mit jenen stärken, denen es schlechter geht als uns. Allen voran Italien, Spanien und Frankreich. Diese Solidarität kann nicht nur für Europa gelten, sondern sie muss darüber hinausgehen. Aber in der Europäischen Union müssen wir anfangen: uns stärker für mehr gemeinsame Verantwortung einzusetzen und als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deutlicher als bisher eine Einigung Europas anstreben.

Davon werden alle profitieren. Denn das Coronavirus führt uns vor Augen, dass wir unausweichlich aufeinander angewiesen sind – weltweit. Politiker wie Donald Trump und Boris Johnson wollen das nicht einsehen. Ihre Länder werden dafür vermutlich einen hohen Preis zahlen müssen. ■

Bleiben Sie gesund!

Herzlich, Ihre

Karin Nink
Chefredakteurin



Seit dem 22. März steht das öffentliche Leben in Deutschland zur Eindämmung des Coronavirus weitgehend still. Ziel der Maßnahmen der Bundesregierung ist es, die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, damit das Gesundheitssystem nicht zusammenbricht. Die Krankenhäuser gewinnen so Zeit, sich auf die Versorgung Schwerstkranker vorzubereiten und die Anzahl von Betten zur Intensivbetreuung von Patientinnen und Patienten zu erhöhen.

»DIE GESUNDHEIT HAT OBERSTE PRIORITÄT«

CORONA Bundesfinanzminister Olaf Scholz erklärt, wie er dafür sorgen will, dass alle gut durch die Krise kommen und dann wieder durchstarten können. Dabei setzt er auf Solidarität – in Deutschland wie in Europa

Interview Karin Nink und Lars Haferkamp

**BUNDES-
REGIERUNG**

Olaf Scholz, Bundesregierung und Landesregierungen sind sich einig über ein maßvolles Zurückfahren des Lockdowns in der Corona-Krise. Ist damit das Schlimmste für die Menschen vorbei?

Die Bürgerinnen und Bürger haben sehr verständnisvoll und klug auf die erheblichen Beschränkungen reagiert, die wir im Kampf gegen die Corona-Pandemie erlassen mussten. Damit ist es erstmal gelungen, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und uns Zeit zu verschaffen, um in unseren Krankenhäusern die nötigen Kapazitäten zu schaffen, um mit der Situation umgehen zu können. Dafür möchte ich erstmal allen danke sagen. Denn es ist ein gutes Signal für unser Land, dass sich so viele an die Vorgaben gehalten haben. Jetzt können wir mit Augenmaß und Zuversicht damit be-

ginnen, das soziale und wirtschaftliche Leben wieder etwas hochzufahren. Wir sind aber längst nicht über den Berg, das ist mir wichtig – bis wir über ein wirksames Medikament oder einen erprobten Impfstoff gegen das Coronavirus verfügen werden, werden wir noch eine ganze Weile mit Einschränkungen leben müssen. Das ist unsere neue Normalität.

Jeder Tag Stillstand erhöht die Rezession, die Arbeitslosigkeit, die Insolvenzen, die Staatsschulden.

Welche Rolle spielt das bei den Überlegungen des Bundeskabinetts?

Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger hat oberste Priorität – in all unseren Entscheidungen. Klar ist, dass wir mit dem größten Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik dafür sorgen, dass in dieser Phase Arbeitsplätze geschützt werden und Betriebe und Fir-

men einigermaßen durch diese schwere Zeit kommen. Es hilft, dass wir Erfahrungen mit Krisen haben – so haben wir auf einige Instrumente zurückgegriffen, die wir schon in der Finanzkrise 2008/2009 genutzt haben. Ich war damals Arbeitsminister und habe das Kurzarbeitergeld massiv ausgebaut. Das ist jetzt wieder Teil des Schutzschildes, der außerdem aus Krediten, Stundungen, Zuschüssen und Beteiligungen an Unternehmen besteht. Und wir sichern Solo-Selbstständige ab, die einfacher Grundsicherung beantragen können. Wichtig ist mir, dass alle gut durch diese Krise kommen – und danach wieder durchstarten können.

Die Böckler-Stiftung empfiehlt eine Anhebung von Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld, um den Rückgang der verfügbaren Einkommen zu kompensieren. Ein guter Vorschlag?

Zunächst: In dieser Krise zeigt sich, wie wichtig ein leistungsfähiger Sozialstaat ist. Die Arbeitslosenversicherung hat dabei eine besondere Bedeutung – zu ihren Leistungen zählt ja auch das Kurzarbeitergeld. Es beträgt 60 Prozent beziehungsweise für Eltern 67 Prozent des Lohns. Wo es Tarifverträge gibt, legen die Unternehmen oft schon etwas oben drauf. Das sollte eigentlich überall der Fall sein. Hubertus Heil ist deshalb mit Arbeitgebern und Gewerkschaften im Gespräch. Auf dieser Basis sollten wir wegen des ganzen Charakters dieser Krise solche Leistungen weiter justieren.

Der Wirtschaftsweiser Achim Truger hat sich auf vorwärts.de nach dem Ende des Lockdown für ein Konjunkturprogramm ausgesprochen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Wäre das sinnvoll?

Ja, wir werden einen starken Konjunkturimpuls brauchen. Er muss passgenau, zeitlich befristet und zielgerichtet sein, um genügend Wirkung zu entfalten. Noch befinden wir uns aber mitten im Krisenmanagement und niemand kann jetzt schon seriös sagen, welche Maßnahmen nötig sein werden. Aber natürlich überlegen wir auch in diese Richtung.

Aus der Union kommen Forderungen nach Steuersenkungen. Was halten Sie davon?

Wer jetzt Steuersenkungen für Spitzenverdiener verlangt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Wie gesagt, gerade zeigt sich ja der Wert eines fairen und gerechten Steuersystems. Nur dadurch kann der Staat in einer solchen Krise agieren. Ich hoffe sehr, dass sich auch hinterher all jene daran erinnern werden, die gerade von staatlicher Hilfe profitieren oder nach ihr rufen.

Kassiererinnen und Pflegekräfte werden als „Heldinnen und Helden“ öffentlich gelobt. Wie kann der Staat

die privaten Arbeitgeber effektiv zu einer besseren Bezahlung ihrer Angestellten drängen? Bisher ist ja nur von Einmalzahlungen die Rede.

In der Corona-Pandemie zeigt sich, wer die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft sind. Und wenn man weiß, dass diese Berufsgruppen systemrelevant sind, dann sollten sie auch entsprechend entlohnt werden. Das ist zunächst Sache der Tarifvertragspartner. Wir können das aber unterstützen, indem wir den gesetzlichen Mindestlohn deutlich anheben. Wenn Firmen in der aktuellen Lage ihren Beschäftigten nun einen Bonus zahlen wollen, habe ich entschieden, dass wir ihn bis zu einer Höhe von 1.500 Euro steuerfrei stellen, auch Abgaben werden darauf nicht fällig. Eins sollte uns aber allen klar sein: Höhere Löhne bedeuten unter Umständen auch, dass wir höhere Preise in Supermärkten oder für Kranken- und Pflegeversicherung zahlen müssen – das sollte es uns wert sein. Das ist vielleicht eine weitere Lehre aus dieser Krise.

An der Bewältigung der Krise auf europäischer Ebene gab und gibt es viel Kritik, besonders die südeuropäischen Länder kritisieren mangelnde Solidarität des Nordens. Halten Sie die Kritik für berechtigt?

Ich habe viel Zuspruch von unseren Freunden in Spanien, Portugal und Italien erhalten für die Arbeit der vergangenen Wochen. Denn in den Verhandlungen der Euro-Finanzminister haben wir ein klares Zeichen der Solidarität gesetzt. 500 Milliarden Euro umfassen die Hilfen für die betroffenen Länder. Wir wollen die Europäische Investitionsbank (EIB) nutzen, um auch in Europa Unternehmen und Betriebe mit Krediten zu versorgen, damit sie durch die Krise kommen. Mit dem Programm SURE, das die EU-Kommission jetzt auflegen will und das auf einen Vorschlag von

»
In dieser Krise zeigt sich, wie wichtig ein leistungsfähiger Sozialstaat ist.«

Olaf Scholz,
Vizekanzler und
Bundesfinanzminister



uns zurückgeht, können wir Regelungen unterstützen, die unserer Kurzarbeit entsprechen. Und mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) haben wir ein schlagkräftiges Instrument, um den Ländern rasch und günstig Geld zur Verfügung zu stellen, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen. Im Übrigen ohne dass irgendwelche Kommissare oder eine Troika ins Land geschickt werden.

Corona-Bonds, also die gemeinsame Schuldenaufnahme der Euro-Länder, bleiben auch nach der Einigung der Finanzminister ein strittiger Punkt.

Die Debatte ist im Augenblick wenig zielführend, weil es anderthalb bis zwei Jahren dauern würde, um die vertraglichen Vorgaben zu schaffen für eine solche Idee – unabhängig von der Tatsache, dass es in einigen Euroländern erhebliche Widerstände dagegen gibt. Italien und andere Länder brauchen jetzt aber schnell Geld. Und wichtig ist, dass sie für ihre Staatsanleihen keine großen Aufschläge zahlen müssen.

Der Streit über die Vergemeinschaftung von Schulden macht ein institutionelles Problem der Währungsunion deutlich, nämlich die fehlende gemeinsame Haushaltskontrolle. Sehen Sie mit der Corona-Pandemie den Zeitpunkt gekommen, diese Debatte in der Währungsunion zu führen?

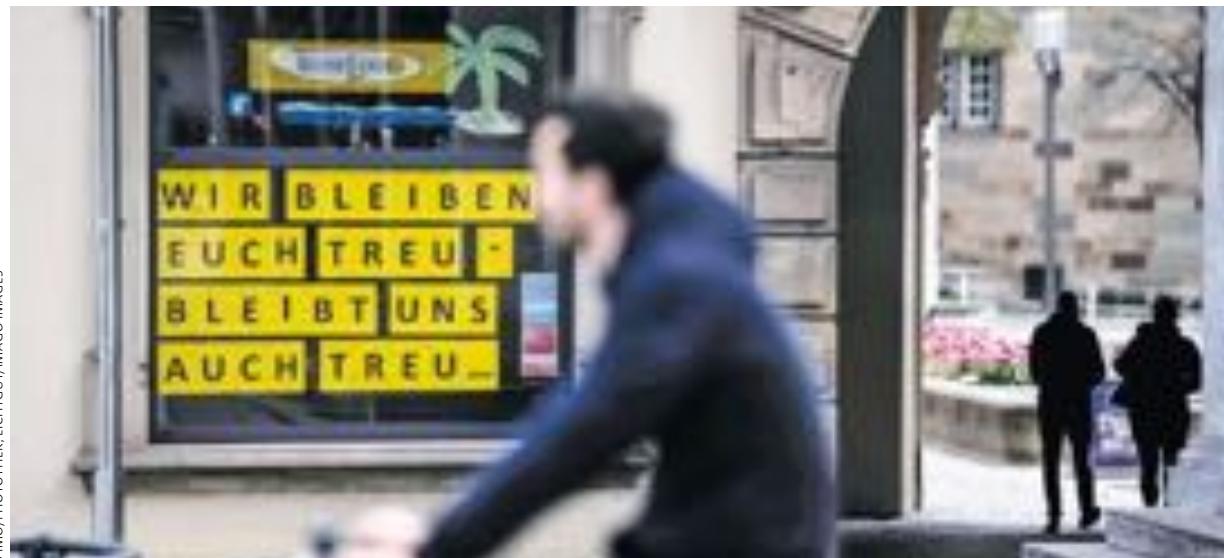
Wir haben eine gute Lösung gefunden mit der EIB, mit SURE und dem ESM. Das war jetzt schnell möglich, ohne Vertragsveränderungen, die mehrere Jahre in Anspruch genommen hätten. Im Zuge der Einigung mit den EU-Finanzministern haben wir außerdem vereinbart, den wirtschaftlichen Wiederaufschwung Europas nach der Pandemie mit einem Recovery Fund zu unterstützen.

Wird unsere Wirtschaftspolitik nach dieser Krise modifiziert werden müssen, und erleben wir eine Epochewende wieder hin zu mehr Staat?

Nun ja, die Staatsverächter lernen zumindest gerade den Wert eines leistungsfähigen Sozialstaates kennen und merken, dass die Devise „wenn sich jeder selbst hilft, ist allen geholfen“ falsch ist. Das ist keine ganz schlechte Entwicklung.

Hat eine globale Steuerreform mit einer weltweiten Mindeststeuer durch diese Krise noch mehr Bedeutung als bisher gewonnen?

Die Bedeutung bleibt auf alle Fälle hoch, denn ein funktionierendes Gemeinwesen braucht stabile Einnahmen. Mit einer Mindeststeuer verhindern wir, dass sich große Unternehmen vor ihrer Steuerpflicht drücken können. Auf Ebene der dafür zuständigen internationalen Organisation, der OECD, sind wir in den Verhandlungen schon weit gekommen – und ich dränge darauf, dass wir sie in diesem Jahr beenden. Das wäre ein echter Erfolg. ■



Die Folge: Es fahren weniger Busse und Bahnen. Menschenansammlungen von mehr als zwei Personen sind an öffentlichen Orten nicht mehr erlaubt. Viele Geschäfte, Kneipen, Restaurants und Einrichtungen müssen geschlossen werden. Gerade für kleinere Läden ist die Situation existenzbedrohend. Sie wenden sich an ihre Kundschaft, ihnen auch in der Krise treu zu bleiben.

EIN SICHERHEITSNETZ GEGEN EXISTENZANGST

JOBSECHEURUNG Arbeitsminister Hubertus Heil setzt auch auf erprobte Instrumente und will um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen

Von Benedikt Dittrich



Wer kann – laut Umfragen rund 20 Prozent der Deutschen, arbeitet ab jetzt im Homeoffice. Das schafft Sicherheit, stellt aber viele auch vor Herausforderungen: Weil Kitas und Schulen geschlossen sind, müssen „nebenbei“ die Kinder betreut werden.

Produktionsstop in Asien, Grenzkontrollen in Europa, plötzlich fehlen Mitarbeiter oder Material: Die Corona-Pandemie trifft Wirtschaftswelt und Arbeitsmarkt der Bundesrepublik hart. Plötzlich fehlen Saisonarbeitskräfte bei der Spargelernte, Friseure und andere Dienstleister können ihre Arbeit gar nicht mehr ausüben, Eltern im Homeoffice müssen die Betreuung ihrer Kinder plötzlich selbst übernehmen.

Arbeitnehmer, die ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen können, Arbeitgeber, die keine Arbeit mehr vergeben können, weil die Auftragsbücher oder die Lager leer sind – das schlägt sich nicht nur in Wirtschaftsprägnosen nieder, sondern auch in realen Ängsten vor Arbeits- und Jobverlust.

Prognosen sind in diesen Tagen schwer zu treffen – dennoch bemüht sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales darum, die Folgen für die arbeitende Bevölkerung abzumildern. Dazu zeigte sich Arbeitsminister Hubertus Heil schon zu Beginn der Krise entschlossen.

„Diese Bundesregierung und diese Demokratie werden alles tun, um jeden Arbeitsplatz, um jede Existenz zu kämpfen, um die soziale Sicherheit in diesem Land zu gewährleisten“, sagte der Sozialdemokrat Ende März im Bundestag.

Sozialer Rettungsschirm aus erprobtem Werkzeug

Mit der Rede läutete er die Verabschiebung des „Sozialschutz-Pakets“ ein, das im März in Windeseile auf den Weg gebracht wurde. Darin enthalten: neue Regeln für das Kurzarbeitergeld, vereinfachter Zugang zur Grundsicherung sowie Kinderzuschlag und vieles mehr. Ein Multimilliarden-Rettungsschirm in Absprache mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, unter dem möglichst jede und jeder Platz finden sollte. Gebaut aus Instrumenten, die teilweise schon in der Finanzkrise 2008/2009 erfolgreich im Einsatz waren.

Trotzdem übertreffen die jetzigen Dimensionen das Ausmaß des damaligen

Rettungsschirms deutlich. „Die Bundesregierung hat in kürzester Zeit das größte Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik auf die Beine gestellt“, ordnet Heil ein. „Und das Kurzarbeitergeld wirkt bereits“, erklärt der Arbeitsminister im April gegenüber dem „vorwärts“: „Über 650.000 Anzeigen liegen der Bundesagentur für Arbeit vor.“ Dabei handelt es sich um die Betriebe, die Kurzarbeit gemeldet haben.

Die gegenwärtige Unterstützung zielt laut Heil auf Sicherheit für die Zukunft ab: „Durch die Rücklagen von 26 Milliarden Euro behalten Millionen Beschäftigte ihren Job und sind sofort wieder einsatzbereit, wenn wir die Krise überwunden haben.“ Das Kurzarbeitergeld sichere damit schon jetzt Millionen von Arbeitsplätzen. Der ausgezahlte Betrag für Betroffene könnte außerdem noch erhöht werden, ließ Heil durchblicken: „Ich gehe davon aus, dass wir eine befristete Aufstockung gemeinschaftlich schultern können.“

Auch in der Corona-Krise: Vertrauen in den Sozialstaat

Zusätzlich haben die Bundesländer Hilfspakete in Milliardenhöhe geschnürt, die auch der Bund mitfinanziert, unter anderem für Freiberufler und Solo-Selbstständige. Denn die Krise sorgte rasch für stornierte Aufträge und abgesagte Veranstaltungen und somit auch für ausfallende Einnahmequellen. Eine Entwicklung, die schnell zu Existenzängsten führt, weil beispielsweise freischaffende Künstler schon vor der Krise nur wenig Geld verdienten und kaum Rücklagen haben.

Inzwischen wurden vielfach Staatshilfen schon bewilligt, an vielen Stellen landete das Geld binnen weniger Tage auf dem Konto. Trotzdem ist die Angst groß, dass am Ende das Geld nicht ausreicht, Menschen durch das geknüpfte Netz fallen, ihren Arbeitsplatz verlieren, bevor die Krise vorbei ist. Auch Hubertus Heil kann diese Angst nicht vollkommen nehmen, verspricht aber um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen.

Trotz all der negativen Schlagzeilen dieser Tage möchte er eine positive Perspektive nicht vermissen: „Die Corona-Pandemie ist die größte Herausforderung unserer Generation. Wir sind dieser Krise aber nicht ausgeliefert. Denn wir leben in einem starken Sozialstaat, der seine Bürger schützt.“

Ein Schutz, der nicht zum Nulltarif zu haben sein wird, der aber nicht an der falschen Stelle abgezwackt werden soll, wie der Arbeitsminister schon früh deutlich macht: Die Einführung der Grundrente zum Januar 2021 will Heil nicht verschieben, auch wenn einzelne Politiker aus den Reihen der Union dies bereits gefordert haben. ■

»
Wir leben
in einem
starken
Sozialstaat,
der seine
Bürger
schützt.«
«

Hubertus Heil,
SPD-Bundesminister für
Arbeit und Soziales

ICH LESE DAS VORWÄRTS E-PAPER!

Informationen aus
erster Hand: Mit dem
vorwärts-E-Paper fühle
ich mich immer top-
aktuell informiert über
das, was in unserer
Partei passiert.



SERPİL MIDYATLI
SPD-Vize

KURZARBEIT: WEM DER STAAT WIE HILFT

Wer bekommt Kurzarbeitergeld?

Beschäftigte, deren Unternehmen aufgrund der Corona-Krise Kurzarbeit anmelden mussten.

Wo kann es beantragt werden?

Die betroffenen Unternehmen müssen Kurzarbeit beantragen. Beschäftigte selbst können kein Kurzarbeitergeld beantragen.

Welche Bedingungen gibt es?

Die Agentur für Arbeit prüft im Einzelfall, ob Kurzarbeitergeld (KUG) gewährt wird. Voraussetzung ist, dass sich die Corona-Pandemie auf das Unternehmen auswirkt, beispielsweise durch Lieferengpässe oder Betriebsschließungen. Es müssen mindestens zehn Prozent der Beschäftigten vom Ausfall betroffen sein – diese Messlatte lag vor der Krise höher. KUG wird maximal ein Jahr gezahlt.

Gibt es Ausnahmen?

Für geringfügig Beschäftigte kann kein Kurzarbeitergeld beantragt werden, weil Minijobs nicht sozial-

versicherungspflichtig sind. Solo-Selbstständige bekommen auch Unterstützung, aber aus einem anderen Topf. Die müssen sie selbst beantragen. Für Zeitarbeiter hingegen kann KUG beantragt werden.

Wie viele Anträge gibt es bereits?

Anfang April gab es bereits 650.000 Meldungen von Kurzarbeit. Daraus lässt sich aber nicht ableiten, wie viele Beschäftigte betroffen sind.

Warum springt der Staat überhaupt ein?

Damit Arbeitsplätze auch während der Krise erhalten bleiben und Beschäftigte weiterhin Geld bekommen, trotz Produktionsstillstands.

Wie viel Geld gibt es?

Das hängt vom ursprünglichen Lohn ab. Das KUG umfasst 60 Prozent des Nettogehalts, Eltern bekommen 67 Prozent.

Wer zahlt die anderen Beträge?

Alle Sozialversicherungsbeiträge werden bei Kurzarbeit von der Agentur für Arbeit übernommen.



Kurzarbeit schafft für viele unfreiwillige Freizeit. Spaziergänge an der frischen Luft bleiben zwar erlaubt, aber nur unter strengen Auflagen.

Und wenn das Geld nicht reicht?

Wer in der Krise trotz KUG unter dem Existenzminimum landet, kann zusätzliche Sozialleistungen beantragen. Die Einkommensprüfung für die Grundsicherung, also Arbeitslosengeld II, ist zunächst für Anträge bis Ende Juni ausgesetzt. Für Eltern hat das Familienministerium außerdem den Zugang zum Kinderzuschlag vereinfacht und die mögliche Unterstützung erhöht.

Darf man andere Jobs annehmen?

Wer Kurzarbeitergeld bekommt, kann trotzdem in einem systemrelevanten Bereich helfen. Wer zusätzlich in Logistik, Einzelhandel oder Pflege arbeitet, dem wird der Zuverdienst nicht abgezogen. Das gilt zunächst bis Ende Oktober. ■ BD

Das Ministerium informiert über Folgen des Coronavirus für den Arbeitsmarkt auf www.bmas.de

DIE DEMOKRATIE HAT KLUG UND SCHNELL GEHANDELT

STARKER STAAT In der beispiellosen Krise der Corona-Pandemie hat unser demokratisches System gezeigt, dass es stark, sozial und radikal agieren kann. Daran sollte niemand rütteln
Von Rolf Mützenich, SPD-Fraktionschef

Existenzielle Krisen führen uns immer wieder zu zentralen, sehr grundsätzlichen Fragen: Wie stark muss ein Staat sein, um seine Bürgerinnen und Bürger vor Bedrohungen, etwa einer Pandemie ausreichend zu schützen? Wer muss welche Kompetenzen haben, wer hat welche Entscheidungsgewalt? Wie kann sich der Staat zugleich sozial, demokratisch und an das Recht gebunden behaupten?

Wir werden viele Lehren aus dieser Zeit ziehen. Und es ist sinnvoll, die notwendigen Konsequenzen breit und offen zu diskutieren. Uns begegnen schon jetzt die Rufe nach dem einen Krisenmanager, nach der starken Hand, die uns durch die Krise lenkt. Naserümpfend wird über demokratische Prozesse gesprochen, die die Bewältigung der Krise behindern würden.

Aber haben wir nicht gerade gezeigt, dass der demokratische Staat, der zudem föderalistisch organisiert ist, klug, schnell und radikal handeln kann? Ich glaube, gerade die vielen Stimmen, die

CORONA-KRISE

»
**Unsere Gesundheit darf keine Frage von Angebot und Nachfrage sein.«
Rolf Mützenich,
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

in der Demokratie mitreden dürfen und müssen, haben auch in der Krise die besten Entscheidungen hervorgebracht. Vielleicht würde der eine Krisenmanager die ein oder andere Entscheidung einen Tag schneller treffen, aber vielleicht auch würde er sie eigensinnig, uniformiert und daher falsch treffen.

Ich jedenfalls bin dankbar, dass sich auch in der Krise die Demokratie bewährt hat, dass eben nicht eine oder einer allein entschieden hat.

Eine weitere Lehre aus der Corona-Pandemie wird sicher sein, wie wichtig ein handlungsfähiger und starker Staat gerade in Krisenzeiten ist. Endgültig vorbei sein dürften alle Überlegungen, den Staat zugunsten der Wirtschaft und des Marktes weiter zu schwächen. Gerade die wochenlange Diskussion um die Beschaffung von Schutzmasken zeigt doch, dass Marktmechanismen im entscheidenden Moment der Krise versagen. Ich zweifle nicht grundsätzlich an der Globalisierung, aber die internationalen Abhängigkeiten vieler Unter-

nehmen, von den Lieferketten bis zum Kundenstamm, sind spätestens dann kaum tragfähig und akzeptabel, wenn es um Leben und Tod geht.

Corona zeigt, wie wichtig Solidarität ist

Unsere Gesundheit darf keine Frage von Angebot und Nachfrage sein. Vor allem muss sie solidarisch organisiert sein. Auch sollten wir uns nicht immer darauf verlassen, dass all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Krankenhäusern, Supermärkten und anderen – plötzlich als systemrelevant erkannten – Branchen den Job ihres Lebens machen – obwohl sie ihr ganzes Arbeitsleben schlecht dafür bezahlt werden. Tariffähigkeit, Tarifgebundenheit und Mitbestimmung werden die zentralen Mittel sein, um diese Fragen zu beantworten.

Zudem sehen wir, wie wichtig eine gesunde Finanzlage des Staates ist: Millionen von Unternehmen und Selbstständigen können nur deswegen überleben, weil der Staat finanziell handlungsfähig ist.

Ja, wir haben viel zu diskutieren und zu entscheiden in den nächsten Monaten. Wir werden natürlich viel verbessern können, Fehler vermeiden lernen, uns vorausschauender vorbereiten – aber an einem werden wir nicht rütteln: dass unser Staat stark, sozial und demokratisch bleibt. ■



Die Corona-Beschränkungen führen auch zu einer Welle der Hilfsbereitschaft. Nachbarn kaufen für diejenigen ein, die zur Risikogruppe gehören und nicht vor die Tür gehen können. Überall im Land entstehen spontan Unterstützungsnetzwerke.

ABSTAND HALTEN UND ZUSAMMENRÜCKEN

NACHBARSCHAFTSHILFE Die Pandemie zeigt, dass die Menschen in Deutschland füreinander da sind, wenn es darauf ankommt

Von Kai Doering

Eigentlich wollte ich jetzt Sommerhemden nähen und keinen Mundschutz“, sagt Sina Trinkwalder. Den Stoff hatte sie bereits besorgt, doch statt Oberkörpern bedeckt er nun Münder und Nasen, um vor der Übertragung des Coronavirus zu schützen. Normalerweise stellt Trinkwalders „ökologische Textilfirma Manomama“ T-Shirts, Hosen und Jacken her. Auch Tragetaschen großer Ketten werden im Werk in Augsburg produziert. Doch während der Corona-Pandemie verschieben sich die Prioritäten.

Musik und Essen gratis

Im Februar meldeten sich die ersten Krankenhäuser aus dem Umland, ob „Manomama“ für sie Mundschutze nähen könnte. Wie viele inzwischen hergestellt wurden, kann Sina Trinkwalder gar nicht sagen. Sie verkauft sie zum Selbstkostenpreis von 3,40 pro Stück – außer an Krankenhäuser auch an Altenheime. „Profit aus dem Gesundheitssystem zu ziehen, ist unredlich“, sagt sie.

Menschen wie Sina Trinkwalder gibt es seit Ausbruch des Coronavirus in Deutschland an vielen Stellen. Die einen, wie der Ausnahme-Pianist Igor

Levit, geben Konzerte im eigenen Wohnzimmer und streamen sie kostenfrei übers Internet. Die anderen, wie der Spirituosen-Hersteller „Jägermeister“, spenden Alkohol zur Herstellung von Desinfektionsmitteln.

Hunderttausende leisten zudem aktive Nachbarschaftshilfe – vom Einkaufen für Ältere und Kranke bis zum offenen Ohr am Telefon. In München rief eine Veranstaltungsfirma die Aktion „1000 Teller“ ins Leben: Aus gespendeten Lebensmitteln kochen Ehrenamtliche Essen, das kostenlos an Bedürftige in der Stadt und im Umland geliefert wird, natürlich kontaktlos. Im Internet können sich interessierte Esser und Helfer melden. Dort gibt es auch die jeweilige Wochenkarte.

Auf das Internet setzt auch das Hilfsangebot von Noah Adler. Der 15-jährige Berliner hat Anfang März die Seite „coronaport.net“ gestartet. Sie verbindet Menschen in der Nachbarschaft, die Hilfe brauchen, mit denen, die helfen wollen. „Die Resonanz ist sehr positiv und die Helferdatenbank extrem schnell gewachsen“, berichtet der Schüler. Manche bieten Online-Yogakurse an, andere zeigen, wie sich Desinfektionsmittel oder

SOLIDARITÄT



Die Ärmsten trifft die Corona-Krise besonders hart. Um ihre ehrenamtlichen Helfer zu schützen, stellen die „Tafeln“ vorübergehend an vielen Orten den Betrieb ein. Andere beliefern Bedürftige zu Hause. In vielen Städten entstehen „Gabenzäune“, an denen Privatpersonen Lebensmittel spenden können.

Mundschutz selbst herstellen lassen. Inzwischen ist die Seite zu einer bundesweiten Datenbank für Nachbarschaftshilfe angewachsen.

Gabenhäuse für Obdachlose

„Wir haben auf unserer Plattform eine Welle der Solidarität festgestellt“, sagt auch Michael Vollmann. Er ist einer der Mitbegründer von „nebenan.de“, einer nicht kommerziellen Internetseite, die deutschlandweit Nachbarn zusammenbringt. Wo vor Corona Nachbarschaftstreffs organisiert und Werkzeuge verliehen wurden, findet nun vor allem aktive Nachbarschaftshilfe statt, vom Einkaufen für Risikogruppen bis zur Unterstützung des Lieblingsladens, der wegen der Kontaktsperrre nicht öffnen darf. Um auch ältere Menschen ohne Internet zu erreichen, hat „nebenan.de“ vor kurzem eine kostenlose Telefonhotline zur Nachbarschaftshilfe eingerichtet.

Unterdessen trifft das Coronavirus Obdachlose ganz besonders hart. Nicht nur, weil sie nicht einfach zu Hause bleiben können, um sich zu schützen, sondern auch, weil sie bei nur wenigen Menschen auf der Straße und zum Teil geschlossenen Hilfseinrichtungen kaum noch Lebensmittel- oder Geldspenden erhalten. Innerhalb kürzester Zeit sind deshalb in vielen Städten sogenannte Gabenzäune entstanden. Wer Lebensmittel oder andere Dinge des Alltags spenden möchte, verpackt sie in einem Beutel und knotet ihn an den Zaun. Die Obdachlosen können sich dann dort bedienen.

Und noch eine Gruppe ist von den Folgen der Corona-Einschränkungen stark betroffen: Studierende. Während sie sonst in Bars, Cafés oder Restaurants jobben, um sich Studium und Leben zu finanzieren, fallen sie während des Kontaktverbots meist durch den Rost. Für sie hat der Förderverein der Schiller-Universität in Jena deshalb einen Corona-Notfonds ins Leben gerufen. 125.000 Euro sollen von privaten Spendern gesammelt werden. Mitte April waren bereits mehr als 100.000 Euro zusammengekommen. ■

WARUM WIR JETZT MEHR EUROPA WAGEN SOLLTEN

EU Aller Kritik zum Trotz: Europas Länder handeln und helfen einander. Beim Gesundheitsschutz hat die EU aber bisher keine Kompetenzen

Von Katarina Barley

Einer der Gründerväter der Europäischen Union Jacques Delors bezeichnete die Corona-Pandemie jüngst als „tödliche Gefahr“ für Europa. Dabei bezog er sich zum einen auf die Gefahr, die von dem Virus für Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger des Kontinents ausgeht. Andererseits zielt sein Mahnur auf die reale Gefahr eines Zerbrechens der Europäischen Union an der Corona-Krise. Delors liegt mit seinem Mahnen nicht falsch, denn das Virus stellt die EU vor die größten Herausforderungen seit ihrer Gründung. Alte Gräben zwischen den Europäern brechen wieder auf, neue kommen hinzu..

Es ist richtig, dass gerade bei der Frage der finanziellen Solidarität angesichts der größten Krise der Nachkriegszeit die Vorstellungen der Mitgliedsstaaten teils weit auseinander liegen. Auch zeigt sich an den Corona-gefährdeten Flüchtlingscamps auf den griechischen Inseln, wie eklatant das Scheitern der vergangenen Jahre ist, sich auf einen Verteilmechanismus für Asylsuchende zu einigen. Die vielen, teils unkoordinierten Grenzschließungen im Schengenraum erweckten den Eindruck, dass sich in Krisenzeiten jeder selbst der Nächste ist. Gleichzeitig schienen China und Russland bereitwillig, medizinisches Material nach Italien zu liefern. Ist die Krise also eine Bankrott erkläzung für die EU?

Die EU-Staaten helfen sich

Meine Antwort ist ein entschiedenes Nein! Denn bei aller berechtigten Kritik: Europa handelt und hilft. Zum einen tun dies die Staaten untereinander: Alleine Frankreich und Deutschland haben mehr Schutzmasken und medizinisches Material nach Italien gespendet als China. Die Mitgliedsstaaten nehmen auch schwerkrank Patienten aus anderen Teilen der EU auf und helfen einander bei der Rückholung von EU-Bürgern, die im Ausland gestrandet sind. Auch die europäischen Institutionen handeln: Es ist dem Eingreifen der EU zu verdanken, dass der freie Warenverkehr trotz der Grenzkontrollen so wenig wie möglich beeinträchtigt wird und somit wichtige Lieferketten nicht abreißen. Das Europäische Parlament hat 37 Milliarden Euro kurzfristig bereitgestellt, die zur medizinischen und wirtschaftlichen Bekämpfung der Krise



Im Kleinen zeigt sich europäische Solidarität. Schwerkranke Corona-Patienten aus überfüllten Krankenhäusern in Frankreich, Italien und Spanien werden nach Deutschland geflogen, um hier behandelt zu werden.

» Wir müssen besser kommunizieren, was gut läuft. «
Katarina Barley,
Vizepräsidentin des
Europäischen Parlaments



Ein Ausbruch des Coronavirus in den griechischen Flüchtlingslagern wäre eine Katastrophe. Organisationen und Politiker fordern deshalb die sofortige Evakuierung.



DAS BEWUSSTSEIN FÜR UNGELEICHHEIT WÄCHST SPÜRBAR

FRANKREICH Die Linke setzt in der Corona-Krise auf ein neues progressives Programm

Von Benjamin Schreiber

Schon vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie präsentierte sich die französische Gesellschaft trotz guter Wirtschaftsaussichten als gespalten und zutiefst misstrauisch gegenüber der Politik. Entgegen diesen dominanten pessimistischen Einstellungen erwies sich das Land gleichwohl als wehrhaft und handlungsfähig.

Doch zeigt sich auf der anderen Seite auch, dass alte Muster sozialer Ungleichheit sich verfestigen. So macht die Corona-Krise deutlich, wie ungerecht die Arbeitsteilung zwischen den unterbezahlten Beschäftigten der „ersten Linie“ und den meist gutverdienenden Beschäftigten, die nun im Homeoffice arbeiten, ist. Das Homeschooling vertieft zudem die gravierende Chancengleichheit des französischen Schulsystems; und schließlich macht die oft dramatische Lage in vielen ärmeren Vierteln des Landes sichtbar, dass die Folgen der Corona-Pandemie je nach Wohnort extrem ungleichmäßig verteilt sind.

Immense Erwartungen

Dies ist insofern von Bedeutung, als nicht nur die Ungleichheit, sondern auch das „Bewusstsein“ der Ungleichheit zugenommen hat. Dies könnte den Anstoß zu einer neuen, dringend erforderlichen Solidaritätspolitik zugunsten sozial schwächerer Schichten geben – oder aber zu einer Zuspitzung des Verteilungskampfs in einem verunsicherten Frankreich führen. Denn die enorm hohen wirtschaftlichen ebenso wie psychologischen Folgen der Ausgangsbeschränkungen rufen bei fast allen Bürgerinnen und Bürgern tief sitzende Ungerechtigkeitsgefühle hervor.

Es bleibt abzuwarten, ob die Politik in einem dann traumatisierten, hochverschuldeten Frankreich einen Weg findet, die immensen Erwartungen der Französinnen und Franzosen nicht wieder zu enttäuschen. Die politische Linke sieht hier eine einzigartige Chance, fernab üblicher Vorstellungen ein runderneuertes progressives Alternativangebot zu machen, das u.a. auf massive Investitionen in sozialen, ökologischen und strategischen Sektoren abzielt. ■



GESPALTEN UND EINIG ZUGLEICH

ITALIEN Trotz hoher Zustimmung zur Conte-Regierung würden bei Neuwahlen Salvini und die Rechtspopulisten siegen

Von Michael Braun

Wir werden keinen zurücklassen“ – es ist dies die Botschaft, mit der die Regierung unter Giuseppe Conte, mit der auch die Partito Democratico (PD) den Bürgerinnen und Bürgern das nötige Vertrauen einzuflößen sucht, das es angesichts des Corona-Schocks braucht.

Italien wurde als erstes europäisches Land heftig von der Pandemie getroffen. Die Zahl der gemeldeten – und wahrscheinlich um den Faktor zehn unterschätzten – Fälle liegt bei rund 180.000, knapp 24.000 Menschen (Stand 20. April) sind gestorben. Die Regierung verhängte vor diesem Hintergrund einen Lockdown,

der weiter geht als in den meisten europäischen Ländern, der auch Fabriken zusperrte, wenn sie nicht „Lebensnotwendiges“ produzieren. Doch angesichts der tiefen Krise steht Italien zusammen. Fast 90 Prozent billigen die Maßnahmen, die Diskussion über den Ausstieg aus dem Lockdown wird viel zurückhaltender als anderswo geführt. Dass zum Beispiel die Schulen mindestens bis zum Sommer zu bleiben, gilt als ausgemacht.

Grundsicherung bewährt sich

Plötzlich auch ist das ganze Land einig, dass die von den Fünf Sternen durchgesetzte Grundsicherung, die von der PD genauso wie vom seinerzeitigen Koalitionspartner der Fünf Sterne, der Lega, heftig angefeindet wurde, sich heute als Segen entpuppt: Sie hat für Millionen Menschen die größten Härten der Corona-Krise abgefedert.

Dennoch bleibt das Land politisch gespalten: So sehr Ministerpräsident Contes Ansehen steigt, so fest verharren doch an die 50 Prozent der Wähler im Rechtslager. Würde heute gewählt, wären Matteo Salvini und seine Alliierten die Sieger. Sie setzen in der Krise konsequent auf einen Überbietungswettbewerb gegenüber der Regierung: Kaum plant sie eine Stundung



Als erstes europäisches Land wird Italien besonders heftig vom Coronavirus getroffen. Die Regierung ergreift drastische Maßnahmen. Die Menschen im Land schweißt das zusammen.



IN DER NOT: EIN MEER DER SOLIDARITÄT

SPANIEN Die Regierung Sánchez setzt auf Zusammenhalt – im eigenen Land sowie in Europa

Von Ralph Schulze

Die Welt wird nicht mehr so sein, wie sie bisher war“, sagt Pedro Sánchez, Spaniens sozialistischer Regierungschef. „Die Krise, die wir durchmachen, verändert das Leben in vielerlei Hinsicht.“ Auch in positiver Hinsicht, glaubt Felipe VI., Spaniens königliches Staatsoberhaupt: „Sie wird uns als Gesellschaft stärker machen, engagierter, solidarischer und geeinter.“ Eine Krise, die Schmerz und Trauer, aber auch Chancen mit sich bringt?

Kleine Hoffnungsschimmer in der verheerenden Corona-Epidemie, die in Spanien besonders schlimm wütet, sind täglich zu sehen. Wie etwa jener un-



Mit über 20.000 Corona-Toten hat Spanien in Europa besonders viele Opfer des Virus zu beklagen. Die Hygienebedingungen gelten auch bei Bestattungen. Viele Angehörige können deshalb nicht mal mehr Abschied nehmen.

Weitere Berichte zur Corona-Krise aus aller Welt lesen Sie unter:
vorwärts.de/laenderberichte

scheinbare Zettel, der an einer Haustür in Madrid, dem spanischen Brennpunkt der Viruskrise, klebt. „Braucht jemand Hilfe? Ich kaufe für Sie ein und gehe mit Ihrem Hund Gassi“, steht da. In Spanien, das schon mehr als 20.000 Corona-Tote (Stand 20. April) zu beklagen hat, ist in der Not ein Meer der Solidarität entstanden.

„Juntos contra el corona“ (Gemeinsam gegen Corona) heißt eine Initiative von Musikern, die mit Videoclips Geld für den Anti-Virus-Kampf einspielen. Es sprühen Tausende solcher Ideen: Sterneköche, die für die übermüdeten Ärzte in den Kran-

der Unternehmenssteuern für zwei oder drei Monate, fordert die Rechte, gleich fürs ganze Jahr die Steuern auszusetzen.

Auch gegenüber Europa ist Italien geeint und doch zugleich gespalten. Während die PD pragmatisch die Nutzung des ESM nicht ausschließt, am Ende aber Eurobonds will, verschärfen Conte und die Fünf Sterne den Ton, fordern Eurobonds sofort statt des ESM. Und wieder sattelt Salvini drauf. Für ihn sollte Italien gleich auf die Suche nach europäischen Lösungen verzichten und stattdessen nationale Wege gehen. ■

kenhäusern kostenlos Essen zubereiten. Hausfrauen, die auf der Nähmaschine Schutzkittel für Krankenschwestern schneidern. Kinder, die den Menschen auf der Intensivstation selbstgemalte Bilder schicken mit „Bitte werde bald gesund!“.

Sánchez: vereint gegen Corona

Aber schweißt die Corona-Katastrophe auch Europa zu neuer Stärke zusammen? In den Augen von Sánchez, einem überzeugten Europäer und angesehenen Vertreter der sozialdemokratischen Familie, sollte dies so sein. Corona sei die Nagelprobe für den europäischen Geist. „COVID-19 kennt keine Grenzen. Die Pandemie unterscheidet nicht zwischen Nord und Süd, zwischen linken und rechten Parteien.“ Nur mit Solidarität werde die EU die Viruswelle und ihre Folgen bewältigen. Die Corona-Notlage könnte somit auch europapolitisch zur Chance werden.

„Vereint und nur vereint werden wir gegen das Virus gewinnen“, sagt Sánchez beschwörend. Das gilt wohl gleichermaßen für Europa wie für Spanien. Im Königreich hatte, bevor das Virus SARS-CoV-2 ausbrach, der Unabhängigkeitskonflikt in Katalonien die Schlagzeilen dominiert. Ein Konflikt, an dem das Land zu zerbrechen drohte. Doch Corona hat diesen Streit in den Hintergrund geschoben, vielleicht sogar den Bruch etwas gekittet. Das lässt hoffen. ■

JETZT MUSS DER STAAT INVESTIEREN

WIRTSCHAFTSKRISE Die Bundesregierung hat richtig reagiert, um den ersten Schock der Pandemie abzufangen. Aber um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, braucht es ein Konjunkturprogramm

Von Sebastian Dullien

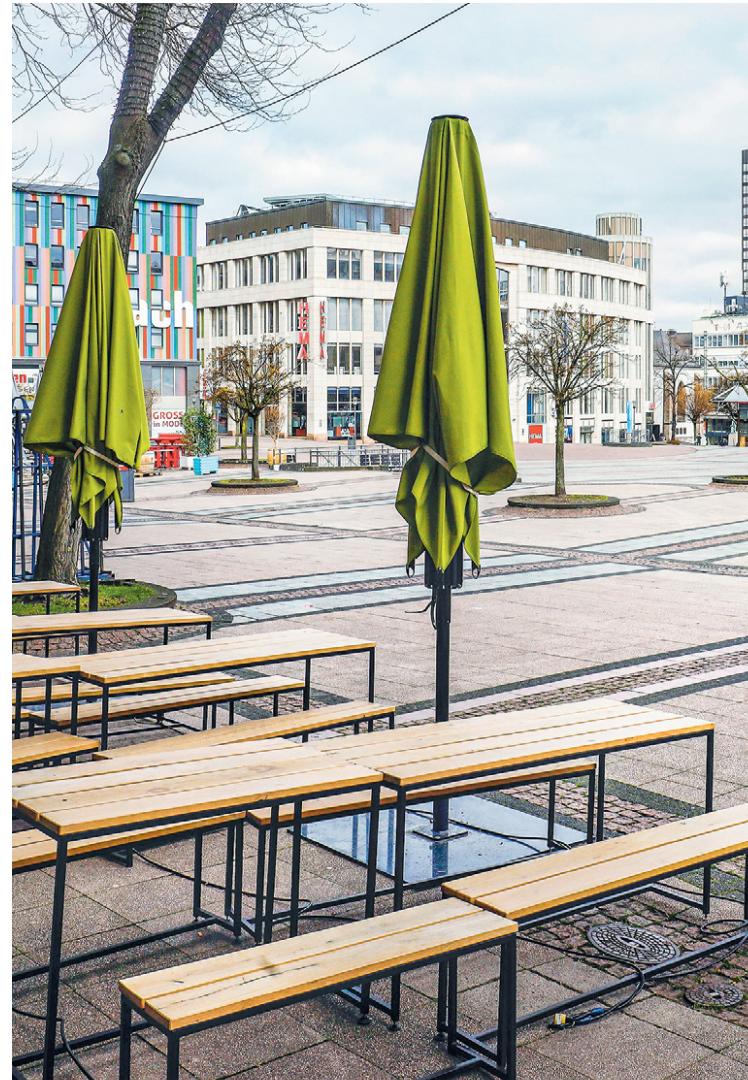
Wirtschaftlich ist die Corona-Krise eine Krise der Rekorde: Noch nie in der Nachkriegsgeschichte ist die Weltwirtschaft von einem derart heftigen Schock getroffen worden. Noch nie war die Produktion in so vielen Ländern gleichzeitig gestört. Und noch nie hatte Deutschland so viele Menschen in Kurzarbeit, wie es für die kommenden Wochen und Monate erwartet wird.

Allerdings gibt es auch positive Rekorde in der Krise: So schnell wie diesmal hat die Politik in Deutschland noch nie auf eine Wirtschaftskrise reagiert. Seit Mitte März wurden in Windeseile Hilfspakete im Umfang von mehreren Hundert Milliarden Euro design und umgesetzt. Im Galopp wurde ein Nachtragshaushalt auf Bundesebene im Umfang von 156 Milliarden Euro verabschiedet. Dabei wurden unter anderem der Zugang zu Kurzarbeitergeld vereinfacht, die Sozialabgaben für Kurzarbeiter übernommen, Steuerzahlungen gestundet, Kreditprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ausgeweitet, Soforthilfen für Unternehmer und Selbstständige aus dem Boden gestampft, der Zugang zur Grundsicherung vereinfacht und ein milliardenschwerer Wirtschaftsstabilisierungsfonds etabliert, der sich auch an kriselnden Unternehmen beteiligen kann.

Die Bundesregierung und insbesondere auch die beiden sozialdemokratisch geführten Ministerien für Finanzen sowie für Arbeit und Soziales haben hier schnell, zielgerichtet, effizient und richtig reagiert. Zwar werden die wirtschaftlichen Auswirkungen des Corona-Schocks auch trotz der Hilfspakte enorm bleiben. Allerdings dürften die Maßnahmen der Regierung ganz entscheidend dazu beigetragen haben, dass noch Schlimmeres verhindert werden konnte.

Die Arbeit ist nicht zu Ende

Trotz der gewaltigen Summen dürfte allerdings mit diesen ersten Hilfspaketen die wirtschaftspolitische Rettungsarbeit noch nicht abgeschlossen sein. In diesem ersten Schritt ging es darum, die Liquidität von Unternehmen und die Einkommen von Privathaushalten zu stabilisieren. So werden hoffentlich Pleitewellen begrenzt und massiver Stellenabbau verhindert.



Die Gastronomie ist von der Corona-Krise besonders stark betroffen. Auch das Ostergeschäft entfällt. Während kleine Geschäfte ab Mitte April wieder öffnen dürfen, bleiben Restaurants mindestens bis in den Mai geschlossen.

**ICH LESE
DAS
VORWÄRTS
E-PAPER!**

Auf langen Fahrten in den Wahlkreis oder wenn ich zwischen Telefonkonferenzen mal abschalten will, den „vorwärts“ als E-Paper kann ich jetzt immer dabei haben!

LARS KLINGBEIL
SPD-Generalsekretär

In den kommenden Monaten müssen nun aber weitere Schritte folgen. Es wird darum gehen, bei den Unternehmen auch die Erwartung zu schaffen, dass sich die Umsätze bald wieder erhöhen und zum Vorkrisenniveau zurückkehren. Nur, wenn die Betriebe an eine solche Zukunft glauben, macht es für sie Sinn, ihre Beschäftigten zu halten.

Das wird nicht einfach sein. In der Krise haben viele Menschen Einkommen verloren. Für Deutschland ist absehbar, dass in den kommenden Monaten zeitweise bis zu acht Millionen Menschen in Kurzarbeit arbeiten – oftmals mit bis zu 40 Prozent weniger Nettogehalt. Wenn diese Menschen den Kauf etwa eines Autos geplant haben, ist kaum zu erwarten, dass sie ihre Pläne jetzt immer noch so umsetzen wie ursprünglich vorgenommen. Das Gleiche

gilt für Menschen in anderen Ländern. Unternehmen weltweit haben derweil Verluste gemacht und Liquidität und Eigenkapital verloren. Damit dürften auch Investitionspläne aufgeschoben oder gar gestrichen werden. Weniger Investitionen bedeuten weniger Bestellungen bei den Maschinenbauern.

Die Zweifel zerstreuen

All das dürfte Zweifel in den deutschen Betrieben säen, dass eine schnelle Rückkehr zu Absatzbedingungen aus Vorkrisenzeiten wahrscheinlich ist. Will man aber die deutsche Wirtschaft nachhaltig stabilisieren, müssen diese Zweifel zerstreut werden.

Ein nächster notwendiger Schritt der Krisenkämpfung wird deshalb ein Konjunkturprogramm sein. Hier wird

»

Projekte, die jetzt vergeben werden, helfen, dass die Wirtschaft besser durch die Krise kommt.«

Sebastian Dullien

der Staat jene Nachfragelücke füllen müssen, die nun bei Privathaushalten, Unternehmen und im Ausland aufreißt. Zum Glück gibt es in Deutschland genug Sinnvolles für ein solches Konjunkturpaket zu tun: Wir stehen vor enormen Herausforderungen bei der Infrastruktur, der Digitalisierung, der Bildung, dem Ausbau des ÖPNV und der Transformation unserer Industrien.

All diese Punkte müssen ohnehin angegangen werden, um die Zukunft unseres Landes zu sichern. Jetzt wäre eine gute Gelegenheit, die dafür notwendigen öffentlichen Investitionen auf den Weg zu bringen. Projekte, die jetzt ausgeschrieben und vergeben werden, füllen die Auftragsbücher der Unternehmen und helfen damit ganz konkret, dass die deutsche Wirtschaft besser durch die Krise kommt. So könnte man schnell das Notwendige mit dem Nützlichen verbinden: Zukunftspolitik und Konjunkturstabilisierung. ■

Sebastian Dullien ist Volkswirt und wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

RASSISMUS AM LAUFENDEN BAND

SOLIDARITÄT Am Fließband, im Büro, auf dem Bau, wo Menschen zusammenarbeiten, kann es Rassismus geben. Ein Verein geht dagegen vor. Das Symbol: die gelbe Hand

Von Benedikt Dittrich

Eigentlich wäre die Frist für den Wettbewerb des Vereins „Die Gelbe Hand“ im April abgelaufen. „Aber die Auszubildenden haben gerade ganz andere Probleme“, sagt Giovanni Pollice, Vorsitzender eines der ältesten antirassistischen Vereine in Deutschland.

„Die Gelbe Hand“ – oder „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ – nimmt seit Jahrzehnten Fremdenfeindlichkeit am Arbeitsplatz in den Blick. Dafür organisiert der gewerkschaftsnahe Verein Seminare und Aktionen, um gegen



Fremdenfeindlichkeit unter Kollegen zu sensibilisieren und für ein solidarisches Miteinander einzutreten.

Dazu gehört auch ein jährlicher Wettbewerb, an dem sich junge Menschen beteiligen können – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Da aber in vielen Unternehmen derzeit kein Alltag herrscht und viele Auszubildende andere Sorgen haben, hat der Verein den Wettbewerb bis Januar 2021 verlängert. „Jetzt macht das keinen Sinn“, meint Pollice.

Trotzdem geht die Arbeit des Vereins weiter. Bevor die Corona-Pandemie

ACTIONEN GEGEN RECHTS



GEGEN HASS UND GEWALT
Rechtsradikale bedrohen unsere Demokratie, immer unverhohler und aggressiver. Wie man sich erfolgreich dagegen wehren kann, zeigen wir in dieser Serie.



Giovanni Pollice,
Vorsitzender von „Mach'
meinen Kumpel nicht an!“

Deutschland erreichte, erschütterten rassistische und antisemitische Angriffe die Bundesrepublik. Der Kampf gegen rechts ist aktueller denn je. „Unter den Opfern in Hanau war auch ein Gewerkschaftsmitglied“, erinnert sich der ehemalige IGBCE-Gewerkschaftssekretär. Das Opfer des rassistischen Attentäters war 20 Jahre alt und hatte eine Ausbildung beim Reifenhersteller Goodyear Dunlop begonnen.

Rassismus ist aus Sicht von Pollice wieder salonfähig geworden. Fremdenfeindliche Meinungen, die heute in der Politik erneut zu hören sind, finden sich auch bei Mitarbeitern wieder. „Der Betrieb ist eben ein Spiegel der Gesellschaft“, erklärt er. Schlimmer noch: Am Arbeitsplatz können Abstiegs- und Existenzängste solche Stimmungen sogar noch befeuern, fürchtet der Vorsitzende.

Auch deswegen ist „Die Gelbe Hand“ auf finanzielle Unterstützung angewiesen, vom Staat ebenso wie von Privatpersonen, um weiterhin Seminare und Aktionen vor allem für junge Menschen anbieten zu können. ■

Weitere Informationen gibt es unter gelbehand.de

ANZEIGE

DURCH- GECKT!

Der Getränkekarton mit besten Werten beim Klimaschutz!
Das belegt eine aktuelle Ökobilanz nach UBA-Standard.

CO₂

Mehr erfahren Sie unter karton-natuerlich.de



KARTON,
NATÜRLICH!

Das Umweltbundesamt (UBA) empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

FKN
Eine Initiative des Fachverband
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.

PARTEI LEBEN!



Hotline gegen Einsamkeit: ein Angebot der SPD für Menschen im Schwarzwald-Baar-Kreis

SPD-BASIS: KREATIV IN DER KRISE

PARTEIARBEIT Digitale Ortsvereine, Live-Talk-Formate und ein Telefon gegen Einsamkeit – so funktioniert Parteileben in Zeiten von Corona

Von Jonas Jordan

Durch die Corona-Krise sind große Teile des gesellschaftlichen Lebens zum Erliegen gekommen. So auch die klassische Parteiarbeit an der Basis. Doch vielerorts haben SPD-Gliederungen kreative Möglichkeiten gefunden, damit umzugehen, dass sie sich aktuell nicht mehr persönlich begegnen können.

Das bekam der 110 Mitglieder starke SPD-Ortsverein im brandenburgischen Oranienburg unmittelbar zu spüren. Denn die für den 19. März geplante Mitgliederversammlung musste abgesagt werden. Der achtköpfige Vorstand tagte daher noch am selben Abend zum ersten Mal per Videokonferenz, um über Möglichkeiten zu beraten, wie die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor Ort trotz der Krise weiter an der Parteiarbeit beteiligt werden können. Seitdem laden die Oranienburger

einmal wöchentlich mittels eines Videokonferenz-Anbieters zu Vorstandssitzungen oder Mitgliedertreffen ein, an denen zum Teil auch Gäste wie der Landtagsabgeordnete Björn Lüttmann teilnehmen. Zudem hat die Ortsvereinsvorsitzende Marei John-Ohnesorg die Reihe „Hinter den Kulissen“ ins Leben gerufen. Sie interviewt darin Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Oranienburg, spricht mit ihnen maximal fünf Minuten lang über das Leben in Zeiten von Corona. Die Videos sind anschließend auf der Facebook-Seite des Ortsvereins zu sehen.

Live-Formate im Aufwind

Weil durch die Corona-Pandemie momentan auch die klassischen Abendtermine wegfallen, setzen immer mehr Spitzenpolitiker auf Live-Talk-Formate, so beispielsweise SPD-Generalsekretär

INHALT

50 NEUE IM ORTSVEREIN
Krefelder Sozialdemokraten trotzen dem Trend

DIETMAR NIETAN IM INTERVIEW
Die Anpassungen bei den Mitgliedsbeiträgen gelten erst ab Januar 2021

DIE JÜNGSTE IM BUNDESTAG
Mit 29 Jahren hat sich für Bela Bach ihr Traum erfüllt

»DARUM BIN ICH IN DER SPD...«



GREGOR WALTER

22, ist Chemikant und spielt in seiner Freizeit Handball. Seit kurzem ist er Mitglied im OV Bad Orb in Hessen.

Gerade als junger Mensch sollte man sich in die Politik mit einbringen, um seine Interessen zu vertreten. Außerdem möchte ich mich, erst recht nach Anschlägen wie in Hanau, gegen Fremdenhass und Rechtsextremismus stellen. Deshalb bin ich jetzt in der SPD. ■

Warum seid ihr gerade jetzt SPD-Mitglied geworden?
Schreibt uns an
parteileben@vorwaerts.de

Lars Klingbeil, der auf Instagram die Talk-Reihe #DiesDas gestartet hat. Seine Gäste sind prominente Persönlichkeiten wie der Juso-Bundesvorsitzende und stellvertretende SPD-Chef Kevin Kühnert, die Digitalisierungsbeauftragte der Bundesregierung Dorothee Bär oder der Moderator Klaas Heufer-Umlauf. Das Format ist eine Mischung aus politischen Inhalten und lockerer Plauderei mit teils persönlichen Eindrücken. Zum Beispiel, wenn Klingbeil mit seiner Katze vor der Kamera sitzt oder im Video mit Kevin Kühnert ein Lied auf seiner Ukulele spielt, das dieser erkennen muss. Bei den Live-Auftritten des SPD-Generalsekretärs schauen teilweise mehrere tausend Menschen gleichzeitig zu.

Die hessischen Jusos haben die Corona-Pause genutzt, um ein lange geplantes Projekt zu realisieren: einen eigenen Podcast. „Wir haben das schon häufiger diskutiert, aber jetzt haben wir alle mehr Zeit dafür und sind das einfach angegangen“, berichtet die Landesvorsitzende Sophie Fröhwald. In der ersten Folge von „RotTon“ unterhält sie sich mit der südhessischen Bezirksvorsitzenden Natalie Pawlik darüber, wie sich der politische Alltag durch Corona verändert hat. Weitere Episoden zu Nachbarschaftshilfen und Wohnungspolitik sind bereits geplant.

Eine Telefon-Hotline hilft

Die SPD im Schwarzwald-Baar-Kreis sorgt sich in der Krise speziell um ältere Menschen und deren potenzielle Vereinsamung. Die Genossen haben daher ein Solidaritäts-Telefon eingerichtet, das jeden Abend von 20 bis 22 Uhr für Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreisgebiet geschaltet ist. Die Idee dazu hatte die Kreisvorsitzende Derya Türk-Nachbaur, die im Gespräch mit dem „vorwärts“ von positiven Erfahrungen am Telefon berichtet: „Eine Dame kannte mich aus der Zeitung und wollte gerne einfach mal mit mir reden. Wir haben uns über die SPD unterhalten und sie hat versprochen, persönlich vorbeizukommen, sobald die Krise vorbei ist.“ Fünf SPD-Mitglieder betreuen die Hotline, bei der es abwechselnd um Sport, Literatur, Politik oder allgemeinen Rededarf geht. ■



Einer von 50 neuen Sozialdemokraten seit Anfang 2019: Der Ortsvereinschef Mustafa Ertürk (r.) begrüßt Neumitglied Mark Ulrich.

KREFELD TROTZT DEM TREND: 50 NEUE SPD-MITGLIEDER

OPPUM-LINN Der Krefelder SPD-Ortsverein hat in gut einem Jahr zahlreiche neue Mitglieder dazugewonnen. Viele von ihnen haben einen Migrationshintergrund

Von Jonas Jordan

OV-PORTRÄT

Auch wenn die großen Zeiten in der Bundesliga inzwischen einige Jahre zurückliegen, dürfte der Krefelder Stadtteil Uerdingen zumindest eingefleischten Fußballfans ein Begriff sein. Weniger bekannt sind die beiden benachbarten Stadtteile Oppum und Linn. Dabei hat dort die SPD in jüngster Zeit Bemerkenswertes geleistet.

Gegen den bundesweiten Trend hat der dortige Ortsverein seit Anfang 2019 50 neue Mitglieder dazugewonnen – eine Steigerung um 57 Prozent, wie der Vorsitzende Mustafa Ertürk stolz berichtet. „Die Menschen sind nicht weniger politisch als früher, und sie sind auch nicht weniger sozialdemokratisch. Aber man muss sie fragen“, sagt er.

2017 übernahm Ertürk den Vorsitz des Ortsvereins und begann mit der Strategie, insbesondere in Vereinen stärker für die Sozialdemokratie zu werben. Einer davon war der SV Oppum, in dem sich Mark Ulrich bereits seit fünf Jahren ehrenamtlich als Kinderfußballtrainer engagiert.

In die SPD einzutreten, war für ihn der logische Schritt, um sich „noch mehr für Kinder einzusetzen und mich dafür auch politisch zu engagieren“. Darüber hinaus begründet er seinen Parteieintritt so: „Die SPD steht gegen Rassismus,

was auch meiner Gesinnung entspricht, da ich viele Freunde und auch Familienmitglieder anderer Nationalitäten habe.“

Enormes Potenzial für die SPD

Fast ein Drittel der Menschen in Krefeld hat einen Migrationshintergrund. Entsprechend lag auf dieser Personengruppe ein Fokus bei der Mitgliederakquise. Zunächst sei es darum gegangen, Bevölkerungsängste zu überwinden, erklärt Ertürk: „Wenn die Leute erfahren, was wir als SPD tun und welche Werte wir vertreten, laufen wir offene Türen ein.“

Darin, diese Zielgruppe stärker zu adressieren, liege für die gesamte SPD ein enormes Potenzial. Das habe er schon vor sechs Jahren im Kommunalwahlkampf gespürt, erläutert Ertürk.

Er sei zunächst belächelt worden, als er versucht habe, durch Haustürwahlkampf, insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund für sich zu gewinnen. Doch Ertürk holte 18 Prozent Rückstand im Vergleich zur vorherigen Wahl auf, gewann letztlich 13 Stimmen mehr als sein ältester Konkurrent und holte so den Wahlkreis nach fast 40 Jahren von der CDU zurück. Als feststand, dass Mustafa Ertürk den Wahlkreis künftig als Ratsherr im Krefelder Stadtparlament vertreten würde, weinte sein Vater. Dieser war 1971 als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen und hatte sich immer gewünscht, dass sein Sohn politisch aktiv werden würde.

Wegen Corona: Arbeit auf Eis

Auch diesmal treten zur Kommunalwahl im September in allen drei Wahlkreisen die zum Gebiet des Ortsvereins gehören, Kandidaten mit Migrationshintergrund an. Auch diesmal wollen die Sozialdemokratinnen und -demokraten aus Oppum und Linn auf den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern setzen. Ob das gelingt, steht aktuell noch in den Sternen. Denn aufgrund der Corona-Pandemie sind auch in Krefeld alle klassischen Parteiaktivitäten auf Eis gelegt. Der traditionelle Infostand vor Ostern fiel ebenso aus wie eine für Anfang April geplante Vorstandssitzung.

Auf eine Verschiebung der Kommunalwahlen spekulieren die Krefelder nicht. „Für alle Termine ab Mai gilt: Wir bereiten uns so vor, dass alles regulär stattfinden könnte“, kündigt Ertürk an. Zu den geplanten Veranstaltungen zählt unter anderem ein Sommerfest im August, in dessen Organisation auch Neumitglied Mark Ulrich schon intensiv eingebunden ist.

Hinzu kommen an jedem Wochenende vor der Kommunalwahl Infostände in beiden Stadtteilen, mehrere Themenabende und eine Tour mit dem SPD-Oberbürgermeister Frank Meyer. Das alles, um noch mehr mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu kommen. Denn für Ertürk gilt: „Viele Menschen brennen darauf, etwas zu machen, aber sind noch nicht mit der SPD in Berührung gekommen.“ ■



Engagierte Genossinnen und Genossen: der Ortsverein bei einer Klausurtagung im September

vorwärts
LIEBER
DIGITAL
LESEN

Jetzt hier
fürs E-Paper
anmelden:
[spd.de/
vorwaerts-epaper](http://spd.de/vorwaerts-epaper)



Dietmar Nietan, der Bundesparteitag im Dezember hat wichtige Entscheidungen zu den Mitgliedsbeiträgen beschlossen, die alle zum 1. Juli gültig werden sollten.

Ja, am 1. Juli tritt nach dem Beschluss des Parteitags zunächst nur die neue Beitragstabelle in Kraft. Sie wurde zuletzt 2011 geändert. Nach fast zehn Jahren passen wir den Mindestbeitrag von 5 Euro auf 6 Euro an. Auch die übrigen Stufen werden angepasst. Der Beitrag für Mitglieder ohne Einkommen bleibt unverändert bei 2,50 Euro. Die Beitragstabelle dient in erster Linie denjenigen, die in die SPD eintreten wollen, zur Orientierung, wenn sie ihren Mitgliedsbeitrag festlegen wollen. Wer als Mitglied seinen Beitrag anpassen will, soll sich ebenfalls an der Beitragstabelle orientieren.

Nun sollen aber einige der geplanten Änderungen auf den 1. Januar 2021 verschoben werden. Was ändert sich jetzt genau für die Genossinnen und Genossen?

Eigentlich sahen die Beschlüsse des vorigen Bundesparteitages für die meisten unserer Mitglieder Beitragsanpassungen zum 1. Juli vor. Dann soll-



Sorgt für solide Finanzen: SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan

ANPASSUNG WIRD VERSCHOBEN

MITGLIEDSBEITRAG Die beschlossene Erhöhung erfolgt wegen der Corona-Pandemie erst im Jahr 2021. Sie soll die Handlungsfähigkeit der Partei stärken

Interview Karin Nink

te für alle Mitglieder mit Einkommen der Mindestbeitrag auf 6 Euro angehoben werden. Nach dem Motto „Starke Schultern tragen mehr“ sollten darüber hinaus auch die Beiträge der Mitglieder, die mehr als 6 Euro und mehr als 20 Euro im Monat zahlen, um 2,5 Prozent bzw. 5 Prozent erhöht werden. Das hat der Parteivorstand jetzt auf den 1. Januar des nächsten Jahres verschoben.

Wieso diese Entscheidung?

Wir wollen in Zeiten von Corona ein Zeichen setzen und Rücksicht nehmen, indem wir die beschlossenen Beitragsanpassungen für unsere Mitglieder um ein halbes Jahr verschieben. Auf Dauer werden wir aber diese Mehreinnahmen dringend brauchen. Die SPD muss gerade auch in schwierigen Zeiten finanziell handlungsfähig bleiben. ■

Monatsnettoeinkommen	bis 1.000 €	bis 2.000 €	bis 3.000 €	bis 4.000 €	bis 6.000 €	ab 6.000 €
Monatsbeitrag	6,00 €	8,00 € 16,00 € 21,00 €	26,00 € 32,00 € 37,00 €	47,00 € 63,00 € 79,00 €	105,00 € 158,00 € 263,00 €	300,00 € und mehr

ANZEIGE

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
IST OP-PFLEGER UWE
IMMER ERREICHBAR.
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/uwe

IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER



Erstmals wieder seit Otto Schily: Bela Bach vertritt den Landkreis München-Land für die SPD im Bundestag.

PLÖTZLICH BUNDESTAG: DIE JÜNGSTE ABGEORDNETE

BELA BACH Vor wenigen Wochen rückte die 29-Jährige für Martin Burkert ins Bundesparlament nach. In den ersten Wochen war Improvisationstalent gefragt. Doch ihr Traum vom Bundestag hat sich erfüllt – im dritten Anlauf

Von Jonas Jordan

Heute habe ich zum ersten Mal die Bundeskanzlerin gesehen“, sagt Bela Bach beim Gang durch die Katakomben des Bundestages. Sie ist 29 Jahre alt und seit kurzem die jüngste Abgeordnete. Das hätte sie schon 2013 werden können. Damals stellte sie sich mit 22 Jahren zum ersten Mal im Wahlkreis München-Land für den Bundestag zur Wahl. Allerdings noch aussichtslos auf Listenplatz 32.

Vier Jahre später nahm sie einen weiteren Anlauf, kandidierte auf Listenplatz 20, der innerhalb der bayerischen SPD bis dahin als sicher galt. Doch am Wahlabend die Ernüchterung: Es hat wieder nicht gereicht. Dass sie nun in den Bundestag eingezogen ist, kam für die Juristin überraschend. „Die Nachricht kommt zu einem Zeitpunkt, als ich meine politischen Ambitionen eigentlich aufgegeben hatte“, schrieb Bach am 13. November 2019 auf Facebook.

Sie gehört als Nachrückerin für Martin Burkert seit Anfang Februar offiziell dem Bundestag an. Dort ist sie nicht nur das Küken in der SPD-Fraktion, sondern auch fraktionsübergreifend die jüngste

weibliche Abgeordnete. Die meisten ihrer Kolleginnen und Kollegen könnten ihr Vater oder ihre Mutter sein. Trotzdem wurde sie in der 152 Palamentarier starken Fraktion gut aufgenommen. Die meisten hatte sie bereits nach vier Wochen kennengelernt. Zu einigen hatte sie schon vorher durch ihre politische Arbeit Kontakt. Zum Beispiel zu Michael Schrödi, dem Finanzpolitiker aus ihrem Nachbarwahlkreis. Schrödi gehört zur Gruppe der zwölf jüngeren SPD-Abgeordneten, die sich zu verschiedenen Fragen inhaltlich abstimmen. Sie nennen sich „die Zwölfer“. Bach ist nun ihr 13. Mitglied.

Ein Büro ohne Computer

„Er hat mir viele Abläufe in Berlin erklärt“, sagt Bach zur Unterstützung durch den Kollegen Schrödi. Denn sich im Bundestag zu organisieren, war am Anfang gar nicht so einfach. Als sie die Schlüssel für ihr Büro hatte, fand sie dort zwar ein paar Möbel, aber weder Computer noch Telefon. „Gehen Sie ins Intranet und drucken Sie den entsprechenden Antrag aus. Dann bekommen

ICH LESE DAS VORWÄRTS E-PAPER!

Nicht nur praktisch und umweltschonend, sondern auch mit vielen Infos über all unsere Ebenen gefüttert: Mit meinem Smartphone habe ich den „vorwärts“ als E-Paper immer dabei!



Sie Ihre Ausrüstung“, hieß es seitens der Verwaltung. Aber wie sollte sie ohne Computer ins Intranet kommen? Letztlich brachte ihr ein Mitarbeiter der Verwaltung einen ausgedruckten Antrag. In ihrer ersten Sitzungswoche hatte sie montags ein Telefon und dienstags den Computer.

Vier Wochen später ist sie immer noch in einem Übergangsbüro. Ihr neues kann Bach bald beziehen. Sie plant schon mal, wo sie künftig Besucher empfangen will. Von Vorgänger Burkert übernahm sie nicht nur das Mandat, sondern auch den Platz im Verkehrsausschuss. Dort hat sie sich für die verbleibenden eineinhalb Jahre der Legislaturperiode viel vorgenommen. „Ich halte es für wichtig, dass wir uns fragen, wie wir als Sozialdemokraten Mobilität eigentlich verstehen.“ In Zeiten des Klimawandels plädiert sie für einen deutschlandweit kostenlosen ÖPNV.

Es ist zugleich ein Themenfeld, mit dem sie die Brücke von der Bundes- zur Kommunalpolitik schlagen möchte. Als erste SPD-Abgeordnete seit Otto Schily vertritt sie den Landkreis München im Bundestag. Von dort pendeln täglich Zehntausende Menschen in die Isar-Metropole. Die Straßen sind permanent verstopft. Bach möchte sich um solche Probleme kümmern. In Berlin und vor Ort. Deswegen trat sie bei der bayerischen Kommunalwahl Mitte März erneut an und gehört auch künftig dem Kreistag sowie dem Gemeinderat in ihrem Heimatort Planegg an. „Ich finde es sehr wichtig, diese beiden Ebenen miteinander zu verbinden“, sagt sie.

Von Berlin aus sind die Berge weit
Die Juristin bezeichnet sich selbst als sehr heimatverbunden. Ihr Lebensmittelpunkt bleibe Oberbayern. Auch, weil sie bisher nicht wirklich Zeit hatte, in Berlin heimisch zu werden. Noch wohnt sie im Hotel. Der Wohnungsmarkt in der Hauptstadt ist hart umkämpft und für Besichtigungen war bislang keine Zeit. Einen großen Teil ihrer Freizeit verbringt die 29-Jährige zu Hause in den Bergen. Sie sind von Berlin aus weit weg. Einmal war sie in Neukölln in einer Kletterhalle. Doch die gefiel ihr nicht.

„Ich war diese Woche noch nicht klettern“, sagt sie daher zur Begründung, als sie den Aufzug rechts liegen lässt und ihre Reisetasche die Treppe Richtung Cafeteria hinaufträgt. Noch schnell einen Kaffee trinken, bevor sie weiter zum Flughafen muss. Zurück nach Bayern. Es ist noch früh im März. Die Berge und der bayerische Kommunalwahlkampf warten. „Das ist das einzige Blöde an dem Job, dass man nie Zeit hat“, sagt Bach und schüttet einen Schluck Milch in ihren Kaffee, damit er schneller trinkbar ist. ■



Monteure am Fließband: Viele Automobilhersteller schicken ihre Beschäftigten in Kurzarbeit. Einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben nun erstmals auch Leiharbeiter.

Corona-Pandemie: Wir halten zusammen

SPD-Fraktion unterstützt Krankenhäuser, Beschäftigte, Familien, Selbstständige und Unternehmen

Der Bundestag hat weitreichende Maßnahmen beschlossen, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Arbeitsplätze und Wirtschaft zu begrenzen und Menschen vor sozialen Notlagen zu bewahren.

„In dieser schwierigen Zeit zeigt sich einmal mehr: Es ist gut, dass die SPD-Bundestagsfraktion Verantwortung für unser Land trägt und die Antworten auf die Krise entscheidend prägen kann“, betont Carsten Schneider, der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion. „Und es wird deutlich, wie wichtig ein sozialer und handlungsfähiger Staat ist, der den Bürgerinnen und Bürgern als Partner und Schutzmacht zur Seite steht.“

Der Bund spannt einen Schutzschild für Arbeitsplätze: Wenn Unternehmen Arbeitsausfälle haben, können sie jetzt leichter Kurzarbeitergeld beantragen, statt die Beschäftigten zu entlassen. Kurzarbeitergeld kann demnach bereits gezahlt werden, wenn zehn Prozent der Beschäftigten eines Betriebes von Arbeitsausfall betroffen sind. Erstmals gibt es Kurzarbeitergeld auch für Beschäftigte in Leiharbeit.

Eltern, die nicht zu Hause arbeiten können und keine andere Möglichkeit haben, als ihre Kinder selbst zu betreuen, und somit nicht zur Arbeit können, sollen weiter Geld bekommen. Sie können unter bestimmten Bedingungen weiterhin 67 Prozent des Nettoeinkommens erhalten. Außerdem wird der Zugang zum Kinderzuschlag vereinfacht, um Familien schnell zu helfen, die wegen der Krise Einkommensausfälle haben.

Arbeitsplätze sichern, Unternehmen stabilisieren

Um die Volkswirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern, wird ein Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) errichtet. Der Fonds umfasst mehrere Instrumente. 100 Milliarden Euro sind für eine Kapitalstärkung vorgesehen. Der WSF kann sich etwa direkt an in Not geratenen Unternehmen beteiligen, um deren Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Weiterhin sollen staatliche Garantien von bis zu 400 Milliarden Euro Unternehmen dabei helfen, am Kapitalmarkt Geld zu bekommen. Außerdem werden mit Krediten von bis zu 100 Milliarden Euro die bestehen-

»
**Es wird deutlich,
wie wichtig
ein sozialer und
handlungs-
fähiger Staat
ist.«**

*Carsten Schneider,
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der
SPD-Bundestagsfraktion*

Impressum

**Verlags-Sonder-
veröffentlichung**

Herausgeber:

SPD-Bundestagsfraktion
Carsten Schneider, MdB
Erster Parl. Geschäftsführer, V.i.S.d.P.

Anschrift:

SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

den Sonderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) refinanziert. Darüber hinaus gibt es ein KfW-Sonderprogramm „KfW-Schnellkredit 2020“, das vor allem kleine und mittlere Unternehmen mit raschen Liquiditätshilfen unterstützt. Außerdem können Unternehmen ihre Steuerschulden erst später bezahlen und Steuervorauszahlungen senken.

Um ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern, erhalten Solo-Selbstständige, Freiberufler und Kleinstunternehmen eine finanzielle Soforthilfe, wenn sie infolge der Corona-Krise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Das Programm hat ein Volumen von 50 Milliarden Euro. Von den Hilfen profitieren auch Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstler, Kreative und Medienschaffende.

Wer wegen der Corona-Krise Schwierigkeiten bekommt, die Miete oder Leistungen der Grundversorgung wie Strom oder Gas zu bezahlen, wird abgesichert. So dürfen etwa Mietverhältnisse vorübergehend nicht wegen Corona-bedingter Mietschulden gekündigt werden.

Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung

Der Zugang zu Leistungen der Grundsicherung wird vereinfacht. Wer zwischen dem 1. März und dem 30. Juni 2020 einen Antrag auf Leistungen der Grundsicherung stellt und dabei erklärt, über kein erhebliches Vermögen zu verfügen, darf Ersparnisse in den ersten sechs Monaten behalten. Erst danach greifen wieder die bislang geltenden Regelungen. Auch Folgeanträge werden unbürokratisch für zwölf Monate weiterbewilligt.

Der Bundestag hat auch einen Schutzschild für Krankenhäuser, Pflege sowie Ärztinnen und Ärzte beschlossen. Mit dem Gesetz wird dafür gesorgt, dass den Krankenhäusern zusätzliche Mittel für die Beschaffung von Schutzausrüstung zur Verfügung gestellt werden. Außerdem erhalten sie für jedes zusätzliche Intensivbett mit Beatmungsgerät 50.000 Euro.

Damit die Krankenhäuser die Pflegekräfte bei der Behandlung von Infektionsfällen unterstützen und entlasten können, bekommen sie ebenfalls zusätzliche Mittel. Insgesamt wird mit rund 10 Milliarden Euro Entlastung für die Krankenhäuser gerechnet. Ärztinnen und Ärzten sowie Psychotherapeutinnen und -therapeuten werden drohende Einnahmeausfälle erstattet, wenn ihre Patientenzahlen zurückgehen.

„Wir werden den Menschen nicht alle Sorgen nehmen können“, sagt SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich. „Aber wir versprechen, dass wir unserer Verantwortung als Regierungsfraktion gerecht werden und alles dafür tun, um diese Krise zu bewältigen und ihre Folgen für die Menschen einzudämmen.“ ■



GLOBAL GEDACHT

Von Rafael Seligmann

Für Donald Trump ist die Präsidentschaft der **USA** eine Machtshow. Selbst während der Corona-Pandemie. Zunächst verharmloste er die Seuche, obgleich führende Wissenschaftler, selbst der Leiter des Nationalen Instituts für Infektionskrankheiten Anthony Fauci, auf die Gefährlichkeit von Corona hinwiesen. Nach dem Prinzip „Schuld sind die Anderen“ sprach Trump vom „**China**-Virus“. Wirksame defensive Maßnahmen, wie die Einstellung des Flugverkehrs in Ländern mit hoher Seuchenausbreitung und Quarantänepflicht für Rückkehrer unterblieben.

Erst als sich in New York bereits Tausende mit dem Virus infiziert hatten und immer mehr Menschen starben, erklärte Trump Corona den „Krieg“. Die martialischen Worte sollten seine Versäumnisse verschleiern. Trump hebelte die Errungenschaften seines Vorgängers im Gesundheitssektor wie Obama-Care, eine Gesundheitsversicherung für Ärmere, aus. Vorbereitungen zur Anschaffung neuer Beatmungsgeräte wurden ausgesetzt, ebenso die Lagerung von 20 Millionen Gesichtsmasken. Im Nationalen Sicherheitsrat wurde 2018 die Abteilung für Pandemie abgeschafft.

Das Fehlen dieser Mittel trägt jetzt zur Ausbreitung und gleichzeitig zur verminderter Fähigkeit der USA bei, die Krankheit zu bekämpfen. Den Preis zahlen die Ärmsten. In New York, Chicago, New Orleans sind bis zu 70 Prozent der Opfer Afroamerikaner und Latinos mit geringem Einkommen und ungenügender Krankenversicherung.

Trumps Versuch, sich nun als alleiniger Feldherr im Kampf gegen Corona aufzuspielen, widerspricht dem Prinzip der Gewaltenteilung, wie es die Verfassung verlangt. Der Gouverneur von New York Andrew Cuomo bringt es auf den Punkt: „Trump ist nicht König der USA, er ist nur Präsident.“

Durch seine Versäumnisse und seine Eitelkeit trägt Trump erhebliche Mitschuld am Ausmaß der Pandemie und ihren überproportional hohen Opfern in seinem Land. Die Amerikaner haben bei den Präsidentschaftswahlen im November Gelegenheit, Trump zur Verantwortung zu ziehen und ihn nach Hause zu schicken. ■

INGOLSTADT WIRD ROT

BAYERN Bei den Kommunalwahlen fährt die SPD deutliche Siege ein



Heimatverbunden: Christian Scharpf hat nach fast 50 Jahren CSU-Vorherrschaft das Ingolstädter Rathaus für die SPD erobert.

Nach 48 Jahren CSU-Vorherrschaft hat Ingolstadt wieder einen SPD-Oberbürgermeister. Bei der Stichwahl am 29. März setzte sich **Christian Scharpf** mit 59,3 Prozent gegen den bisherigen Amtsinhaber durch. Scharpfs historischer Sieg ist der Höhepunkt äußerst erfolgreicher Kommunalwahlen für die bayerische SPD. Künftig stellt sie im Freistaat 18 Oberbürgermeister, zwei Oberbürgermeisterinnen und 156 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. In München setzte sich Amtsinhaber **Dieter Reiter** deutlich mit 71,7 Prozent durch. „Unser positives Gesamtergebnis verdeutlicht den starken Rückhalt in der Bevölkerung für unsere am Gleichklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem orientierte Kommunalpolitik“, freut sich die Vorsitzende der Bayern-SPD **Natascha Kohnen**. Doch es bleibt auch ein Wermutstropfen: In Nürnberg verpasste **Thorsten Brehm** die Nachfolge von Oberbürgermeister **Ulrich Maly** und unterlag knapp seinem Kontrahenten von der CSU. Auch die Ergebnisse bei den Kreistags-, Gemeinde- und Stadtratswahlen will die bayerische SPD noch analysieren. ■ KD

BUCH GEGEN RECHTS

„Deutschland rechts außen“ heißt das Buch des Rechtsextremismusforschers **Matthias Quent**. Er beschreibt darin, „wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können“. Am vorwärts-Stand auf der Frankfurter Buchmesse diskutierte Quent darüber mit Bundesjustizministerin **Christine Lambrecht**. Nun erhält er den mit 10.000 Euro dotierten Preis „Das politische Buch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Quents Buch sei etwas „für alle, die die Bedrohung unserer liberalen Demokratie verstehen und ihr nicht wortlos zusehen wollen“, schreibt die Jury in ihrer Begründung. Wann der Preis verliehen werden kann, steht noch nicht fest. ■ KD

Zivilgesellschaft gestärkt werden. Mit einem „New Deal“ will Hartmann Schulen, Bürgerhäuser und Jugendzentren unterstützen, denn „dort wird unsere lokale Demokratie lebendig gehalten und neu gedacht“. Sicherheit sei letztlich auch eine soziale Frage. „Je größer die Ungleichheit zwischen den Menschen, desto größer das Konfliktpotenzial.“ ■ KD

Das Interview lesen Sie unter
vorwärts.de/sicherheit

MEHR SICHERHEIT

Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten **Sebastian Hartmann** möchte das Thema Sicherheit wieder stärker in der SPD verankern. „Die SPD muss sich eingestehen, dass wir unsere zweifelsfrei vorhandene Expertise zu wenig nach außen getragen haben. Das will ich ändern“, sagte Hartmann im Interview mit vorwärts.de. Größte Gefahr sei der Rechtsextremismus. „Die Sicherheitsbehörden brauchen mehr Personal, das sich explizit mit Rechtsextremismus beschäftigt“, fordert Hartmann. Gleichzeitig müssten der „Nährboden der Rechten“ ausgetrocknet und die

EINSATZ FÜR ISRAEL



Bisher war sie Vize-Präsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Seit dem 1. April ist **Michaela Engelmeier** die erste Generalsekretärin in der Geschichte des 1966 gegründeten Vereins, der sich für die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel in den Bereichen Zivilgesellschaft, Kultur und Wissenschaft einsetzt. In ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete war Engelmeier Mitglied der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit war dabei das Engagement gegen Antisemitismus, Antiisraelismus und gegen eine tendenziöse Berichterstattung über Israel. ■

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Diether Breitenbach
ehem. Bildungsminister im Saarland
zum 85. Geburtstag

Jürgen Anbuhl
ehem. MdB
Gernot Mittler
ehem. Finanzminister von Rheinland-Pfalz
Manfred Scherer
ehem. MdB
zum 80. Geburtstag

Ilse Janz
ehem. MdB
zum 75. Geburtstag

Lothar Binding
MdB
Ingolf Deubel
ehem. Finanzminister in Rheinland-Pfalz
Lothar Hay
ehem. Innenminister von Schleswig-Holstein
Christine Hohmann-Dennhardt
ehem. Kultur- und Justizministerin in Hessen
Reinhold Strobl
ehem. MdB
zum 70. Geburtstag

Welchen Einfluss hat die Corona-Krise auf die Lage in den griechischen Flüchtlingslagern?

Wir alle sollten derzeit unsere persönlichen Kontakte minimieren und Abstand zu unseren Mitmenschen halten. In den restlos überfüllten Hotspots auf den griechischen Inseln ist räumliche Trennung jedoch schlichtweg nicht möglich. Ein Ausbruch von COVID-19 hätte katastrophale Auswirkungen auf die Gesundheit Tausender Menschen. Die Lager müssen deshalb unverzüglich evakuiert werden – angefangen mit besonders gefährdeten Menschen wie Älteren oder Menschen mit Atemwegserkrankungen.

Anfang März hat die Türkei die Grenze für Geflüchtete geöffnet. Ist das Flüchtlingsabkommen mit der EU damit gescheitert?

Das Flüchtlingsabkommen war schon vorher nicht voll funktionsfähig. Zum einen steht die Umsiedlung nur Flüchtlingen aus Syrien offen. Zum anderen hat auch der vereinbarte Mechanismus nicht funktioniert, dass Griechenland Flüchtlinge, die irregulär über die Türkei einreisen, wieder dorthin zurück-

schickt, und die Mitgliedsstaaten im Gegenzug geordnet syrische Flüchtlinge aus türkischen Lagern aufnehmen.

Kritiker werfen der EU vor, sie habe aus der Situation von 2015 keine

Lehren gezogen. Wie beurteilen Sie das?

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sogar seit 2013 nichts gelernt. Die Situation 2015 war ja nur deshalb möglich, weil sich die Staaten nicht vorbereitet haben. Im Europäischen Parlament haben wir zwar immer wieder gefordert, dass wir die Grenzkontrollen und die Aufnahmesysteme überprüfen sollten,

aber passiert ist nichts. Dasselbe gilt für den EU-Türkei-Deal. Der sollte ja keine Dauerlösung sein, sondern dazu dienen, Zeit zu gewinnen, um die innereuropäischen Aufnahmesysteme, aber auch die Grenzkontrollen zu verbessern. Auch hier ist die Zeit ungenutzt verstrichen. Jetzt sind wir in einer Krisensituation, in der wir europäische Grundwerte aufs Spiel setzen. ■ KD

Birgit Sippel ist innen- und migrationspolitische Sprecherin der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament.

DREI FRAGEN AN



BIRGIT SIPPEL

» Ich werde unsere Partei in ein neues Zeitalter führen, sodass wir unserem Land wieder in der Regierung dienen können, sobald die Zeit dafür gekommen ist. «

*Keir Starmer,
neuer Vorsitzender der
britischen Labour-Party*

» Der Rechtsstaat darf kein weiteres Opfer von Corona werden. «

*Udo Bullmann,
SPD-Europabeauftragter,
zur Lage in Ungarn*

UNSER EUROPA

GELEBTE SOLIDARITÄT WIRD GEBRAUCHT

Europa kann viel stärker sein, als Kritiker glauben machen wollen
Von Kay Walter

Es gibt Menschen, die der EU vorwerfen, sie sei mal wieder viel zu langsam gewesen. Drei Tage hätten die Finanzminister gebraucht, um auf den letzten Drücker ein Hilfspaket von mehr als einer halben Billion Euro aufzulegen. Zu spät und zu wenig raunen diese Menschen. Wahlweise: Europa schafft doch sowieso nichts, weg damit.

540 Milliarden, das entspricht dem jährlichen BIP von Belgien, der Schweiz oder Schweden. 540 Milliarden Euro sind ein gewaltiger Kraftakt und ein Zeichen europäischer Solidarität. Das Mindeste, was man erwarten kann ist, dass Minister ausgiebig verhandeln, bevor sie Derartiges ins Werk setzen. Das ist ihre Verantwortung. Auf einem anderen Blatt steht, dass Europa viel ernsthafter diskutieren muss, was es in Zukunft sein will. Am Umgang mit Virus und Pandemie zeigt sich, wer klug handelt und was verantwortliche Politik leisten kann. Auch, wo sie Fehler macht. Deutschland steht im internationalen Vergleich gut da: Viele Tests, frühzeitige und bessere Versorgung führen dazu, dass weniger Menschen sterben. Gleichzeitig gelingt es nicht, gleiche Regeln für alle Bundesländer herzustellen. Und abgestimmtes europäisches Handeln gibt es gleich gar nicht. Der Traum aller Nationalisten scheint Realität: Alle Grenzen sind zu, jeder agiert für sich und gegen alle anderen. Dabei ist offensichtlich, dass die Krise so nur verschärft wird. Das Saarland hat als erstes Grenzen ohne jede Absprache geschlossen. Inzwischen mussten sich französische Pendler anpöbeln und bespucken lassen. So viel Intensivpatienten können deutsche Kliniken gar nicht aufnehmen, um das Bild vergessen zu machen – auch wenn Anke Rehlinger sich entschuldigte.

Deutschland hat 2006 die Verabschiebung eines europäischen Pandemieplans verhindert. Darin war u.a. geregelt, Medikamente und Schutzkleidung gemeinsam in Europa herzustellen, dazu Speziallabore und koordiniertes Handeln. Die EU muss diese Fehler dringend korrigieren. Nur so kann sie das Vertrauen ihrer Bürger zurückgewinnen. Deutschland ist dabei in der Pflicht. Was auch immer rechtsnationalistische Faktenverdreher behaupten: Deutschland ist der bei weitem größte Profiteur der EU und hat deshalb auch finanzielle Verantwortung. ■



Ein Foto aus besseren Zeiten: Demo zum „Tag der Arbeit“ 2019

TAG DER ARBEIT NUR IM INTERNET

Es ist eine traurige Premiere. Zum ersten Mal seit Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) 1949 finden wegen der Corona-Pandemie in diesem Jahr keine Kundgebungen auf Straßen und Plätzen zum „Tag der Arbeit“ statt. Reden, Musik und Interviews gibt es am 1. Mai stattdessen im Internet, auf der Seite des DGB, auf Facebook und YouTube. Passend zur Corona-Krise lautet das Mai-Motto in diesem Jahr: „Solidarisch ist man nicht alleine“. Schon jetzt ruft der Gewerkschaftsbund dazu auf, Texte, Fotos und Videos einzusenden zur Frage: „Was bedeutet Solidarität für dich?“ Für DGB-Chef **Reiner Hoffmann** ist dabei eine Antwort klar: „Solidarität heißt in diesem Jahr: Abstand halten!“ Auch die SPD feiert den 1. Mai diesmal vor allem im Netz. ■ KD

KULTUR DES FRIEDENS

Am 8. Mai 1945 endete mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht der Zweite Weltkrieg. „75 Jahre nach Kriegsende ist der Frieden wieder bedroht“, mahnen die Initiatoren des Aufrufs „Nein zur Sprache der Macht, Ja zu einer Kultur des Friedens“ **Peter Brandt, Reiner Braun** und **Michael Müller**. Sie warnen vor einem „neuen Rüstungswettlauf“ und fordern den „Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung“. Der Aufruf soll am 8. Mai als Anzeige geschaltet werden. ■ KD

GELD FÜR NEUES

Der Parteivorstand hat den SPD-Innovationsfonds 2020 ausgeschrieben. Ziel ist es, Unterbezirken und Kreisverbänden innovative Projekte in der Parteiarbeit zu ermöglichen. Die Fördersumme beträgt zwischen 1.000 und 5.000 Euro. Bewerben können sich Projekte, die sich entweder mit dem Wandel der Arbeitswelt befassen, eine „Gegenöffentlichkeit“ herstellen oder Bündnisse mit der Zivilgesellschaft schaffen. Bewerbungsschluss ist der 15. August. ■ KD

LESERBRIEFE

UNSERE DEMOKRATIE VERTEIDIGEN!

1/2020

Ich finde es beschämend, dass in Deutschland ein gewählter Abgeordneter und deutscher Staatsbürger wegen seiner Hautfarbe bedroht wird. Wie ist es möglich, dass 75 Jahre nach Ende des Krieges wieder Rassismus und Ausgrenzung von Minderheiten zustande kommen? ... Ich wünsche Karamba Diaby viel Kraft und den Mut weiterzumachen.

Klaus Wiemer, per E-Mail

Wo politische Straftaten in Wort und Tat begangen werden, hat der Rechtsstaat – von Anfang an und konsequent, wie es eben nicht immer nach der Wende geschah – mit absolut verlässlichen, politisch fundiert ausgebildeten und gut ausgerüsteten Ordnungskräften und einer personell gut ausgestatteten Justiz die gebotene Ordnung zu garantieren!

Eberhard Schröder, per E-Mail

»ICH ZIEHE MICH ZURÜCK«

Serie: Kraft der Solidarität
1/2020

Aggressive Menschen hat es schon immer gegeben, nur dass die Anzahl sich um einiges vermehrt hat in den letzten Jahren. Gerade im öffentlichen Verkehr ist es unerträglich geworden. Habe mir dafür ein schönes Schild drucken lassen, dass ich am Heckfenster meines PKW reinklebte mit der Aufschrift: „Höflichkeit ist ansteckend!“

Marion E. Tenney, Kaiserslautern

E-PAPER

1/2020

Es ist eine Freude, dass die Zeitung endlich digital verfügbar ist. Ich werde künftig sicher mehr darin lesen, als das in den letzten Jahren der Fall war. Einfach weil sie so immer verfügbar ist. Vielen Dank und gutes Gelingen.

Christiane Bender, per E-Mail

Das E-Paper hat mir sehr gefallen, klar strukturiert, auf den Punkt berichtet, sehr übersichtlich, nicht überladen und macht Freude beim Lesen vor allem bei

ICH LESE DAS vorwärts E-PAPER!

Bei den wechselnden Standorten, von denen ich arbeite, lese ich ohnehin das meiste digital. So kann ich die Artikel leichter mit Freundinnen und Freunden diskutieren.



UWE OPTENHÖGEL

Vice-President Foundation for European Progressive Studies (FEPS)

Die Redaktion behält sich vor, Auszüge aus Leserbriefen zu veröffentlichen.

Leserbriefe per Post:
vorwärts, Leserbriefe,
Postfach 610322, 10925 Berlin
per E-Mail:
leserbriefe@vorwaerts.de

Menschen wie mir, die sonst zum Lesen des „vorwärts“ immer eine Lupe benötigten. Ursula Hellweg, Hannover, per E-Mail

Es ist sicher sinnvoll, den „vorwärts“ digital zu versenden. Ich habe mit Vergnügen die Artikel gelesen, die mich interessieren. Macht so weiter. Ulli Zurwehn, Bochum, per E-Mail

CORONA-KRISE

Wegen des Coronavirus besinnt sich der Staat plötzlich seiner Stärke. ... Bisher bestimmte der „schlanke Staat“, also Sparsamkeit, Steuersenkungen für Reiche und Konzerne und freie Fahrt für freie Bürger die Politik. ... Hoffen wir, dass der Corona-Schock hier eine Wende herbeiführt.

Hans Oette, 74196 Neuendettelsau

Die Maßnahmen sind notwendig und sie sind zeitlich begrenzt. Die sozialdemokratische Antwort auf eine Krise ist Solidarität und passt auch hier sehr gut. Wenn Menschen jetzt trotz „Social Distance“ anfangen füreinander einzustehen, dann wird die Corona-Krise auch nicht so schlimm. Jannes Tilicke, per E-Mail

ANZEIGE

DEMO

KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik

Infos und Anmeldung unter:

www.demo-kommunalkongress.de

Jetzt anmelden!

»KOMMUNE – SICHER – FAIR«

15. DEMO-Kommunalkongress

Berlin | 29.–30. Oktober 2020

Gemeindezentrum Schöneberg | Hauptstraße 125A | 10827 Berlin-Schöneberg

Freuen Sie sich auf interessante Reden und Impulse u.a. von:



CLAUDIA KEMFERT
Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung,
DIW Berlin



KEVIN KÜHNERT
Stellv. Vorsitzender
der SPD, Juso Bundes-
vorsitzender

THEMENSCHWERPUNKTE

NACHHALTIGE KOMMUNE

· Mobilität von Morgen · Klimaanpassungsstrategien · erneuerbare Energiewirtschaft

GERECHTE KOMMUNE

· Sichere und saubere Stadt · Grundrecht bezahlbares Wohnen · Kampf um öffentlichen Raum

KOMMUNE KONKRET

· Personalmanagement · Kommunalpolitik für alle ermöglichen · Kommunikation

SICH ABSCHOTTEN NUTZT KEINEM

WELTWIRTSCHAFT Die Corona-Pandemie zeigt: Wirtschaftsnationalismus verstärkt die Gefahr in der Krise, aber er gibt keine Antwort auf sie

Von Jakob von Weizsäcker

Zweifellos ist die Corona-Krise zuallererst eine menschliche Tragödie und eine medizinische Herkulesaufgabe. Aber sie ist auch eine enorme ökonomische Herausforderung.

Die wirtschaftliche Herausforderung der Krise durchläuft drei Phasen, die wir meistern müssen. In der ersten Phase, die des Lockdown, müssen die Überlastung der Krankenhäuser verhindert und der wirtschaftliche Kollaps abgewendet werden, indem der Staat massiv Liquidität zur Verfügung stellt. Das sind das Kurzarbeitergeld und die Liquiditäts-Bazooka. Lange lassen sich die starken Einschränkungen eines Lockdowns aber trotzdem nicht durchhalten. Es folgt deshalb rasch die zweite Phase, von Fachleuten „Dance“ genannt, mit fein austarierten Einschränkungen: Streng genug, um das Virus an einer exponentiellen Ausbreitung zu hindern; locker genug, um der Wirtschaft wieder Luft zum Atmen zu lassen. Diese Phase dürfte länger dauern – bis wir einen Impfstoff haben oder Herdenimmunität erreicht ist. Für viele betroffene Betriebe und ganze Branchen dürfte das noch eine echte Durststrecke sein. Entsprechend werden die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen bereits ergänzt, um massenweise Überschuldung der Unternehmen zu vermeiden. Die dritte Phase schließlich ist die Normalisierung. Damit die Wirtschaft rasch wieder in vollen Schwung kommt, wird staatliche Konjunkturpolitik benötigt. Dies sollten wir mit einer transformativen Investitions- und Klimaschutzagenda auf deutscher und europäischer Ebene kombinieren.

In all diesen Phasen dürfen wir die Weltwirtschaft nicht aus dem Blick verlieren. Denn unsere offene Volkswirtschaft ist der Knotenpunkt vieler wichtiger Wertschöpfungsketten, zum Beispiel im Maschinenbau oder in der Automobilindustrie. Und diese Wertschöpfungsketten zu erhalten, ist von erheblicher Bedeutung für unseren Wohlstand. Deshalb ist der erstarkende Wirtschaftsnationalismus in der Corona-Krise auch so gefährlich.

Die Weltwirtschaft ist kein merkantilistisches Nullsummenspiel, bei dem das

Recht des Stärkeren gilt und es darum geht, die anderen Handelspartner auszuricksen oder zu erpressen. Leider hingen schon vor der Corona-Krise prominente Entscheidungsträger in anderen Teilen der Welt dieser protektionistischen Irrlehre an, die unseren Wohlstand bedroht.

Nun verschlimmert die Krise das nationalistische Gebaren weiter. Besonders bei knappen Gesundheitsprodukten sind die Marktregeln in der Krise ausgehebelt und wurden durch Trickseri und politischen Druck ersetzt. Wenn es so unfair und unzuverlässig zugeht, könnte die Konsequenz eine Renationalisierung sein. Der neue Protektionismus ist der Präventionismus. Er begründet das Kappen von Handelsbeziehungen heute damit, dass man sonst Gefahr liefe, dass die andere Seite morgen diese Verbindung kappen könnte. Ein so begründetes „Reshoring“, also eine Produktionsrückverlagerung ins eigene Land, wäre ökonomisch falsch und zivilisatorisch ein Rückschritt.

Wann, wenn nicht jetzt, brauchen wir grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Medizinisches Personal, Masken, Beatmungsgeräte und Patienten müssen auch grenzüberschreitend zusammenfinden, statt national Kapazitäten ungenutzt zu horten, selbst wenn dabei die Nachbarn untergehen. Statt Protektionismus brauchen wir Ärzte ohne Grenzen. Die deutschen Krankenhäuser, die Patienten aus Italien, Frankreich und Spanien aufnehmen, machen Hoffnung.

An diesem Beispiel macht die Corona-Krise für alle deutlich, dass der globale Markt, auf den wir unseren Wohlstand begründen, auf Dauer nur funktionieren kann, wenn der Handel nicht nur frei, sondern auch fair ist. Zur Fairness gehört, dass der Welthandel keinen Deckmantel bietet für unfaire Steuerwettbewerb oder den Raubbau am Menschen und der Natur. Dazu gehört ein klarer internationaler Rechtsrahmen, nicht seine Aushebelung durch das Recht des Stärkeren. Dort, wo dieser Rahmen noch nicht stimmt, darf man zwischenzeitlich nicht naiv sein. Natürlich muss man gezielte Abwehrmechanismen haben und die Resilienz von Wertschöpfungsketten erhöhen. Aber dabei darf man keinesfalls in die Protektionsmusfalle tappen.

Vielleicht hat die Corona-Krise am Ende wenigstens ein Gutes. Sie könnte das Bewusstsein dafür schärfen, dass kein Mensch und Land heutzutage ausschließen können, eines Tages international auf faire Regeln und Solidarität angewiesen zu sein. Das wäre eine gute Basis für den erforderlichen zivilisatorischen Fortschritt. ■



Megastau auf der A4 in Richtung Görlitz: Kann der Warenverkehr nicht fließen, bekommen Unternehmen Probleme. Das spüren dann auch die Verbraucher.

DIE DIGITALE BÜHNE IM WOHNZIMMER

GRENZENLOS Die Krise bedroht die Kultur – und die reagiert kreativ

Von Benedikt Dittrich

Das Konzert der Lieblingsband muss man erlebt, die leuchtenden Farben eines Picasso-Kunstwerks in Realität gesehen haben – dennoch trotzt die Kultur der Krise: Vom Popmusiker bis zum Kurator der Nationalgalerie haben Künstler und Veranstalter in den vergangenen Wochen eine Vielzahl digitaler Angebote geschaffen.

Mit Beginn der Kontaktsperrre machte in sozialen Medien der Hashtag **#wirbleibenzuhause** die Runde, wenige Stunden später gab es das erste **#wirbleibenzuhause**-„Festival“: Max Giesinger, Johannes Oerding und andere Musiker spielten über Instagram live aus den eigenen vier Wänden – mit Zehntausenden Zuschauern im Netz, eine Woche später folgte eine zweite Ausgabe.

Ahnlich aktiv sind die Berliner Clubs: Im Internet auf **unitedwestream.berlin** spielen sie regelmäßig elektronische Musik live in die Privatwohnungen. Die Plattform wird auch für Gespräche und Filme genutzt und um Spenden zu sammeln, sowohl für Menschen in Not als auch zum Erhalt der Clubszene.



Spielte aus seiner Wohnung in Hamburg für Zehntausende Zuschauer – per Livestream: der Popmusiker Max Giesinger.

Die Elbphilharmonie in Hamburg muss zwar nicht um ihre Existenz bangen, trotzdem ruft das Konzerthaus ebenfalls zu Spenden auf und bringt dafür klassische Musik ins Netz: Bei Twitter unter **#Elphiathome** sind unter anderem Klavierkonzerte von Brahms und Schumann – im Saal gespielt – zu finden.

Auch Galerien und Konzerthäuser versuchen möglichst viel online anzubieten – dabei war die Kunsthalle in Mannheim eine der ersten, die zu digitalen Rundgängen einlud, inklusive persönlicher Führung durch die Ausstellungsräume. Ein weiteres Beispiel von vielen: Die Alte Nationalgalerie in Berlin bietet auf ihrer Internetseite Online-Ausstellungen an. ■



Der gestürzte Riese: Ein Sinnbild für die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen im Kapitalismus? Den Eindruck kann man als Betrachter des Kunstwerks „Give us, Dear“ von Mathias Böhler und Christian Orendt gewinnen.

KAPITALISMUS – ZURZEIT GESCHLOSSEN

BUNDESKUNSTHALLE Eine Ausstellung in Bonn sollte Kapitalismus nicht nur darstellen, sondern erlebbar machen. Das war vorerst nur einen Tag lang möglich

Von Jonas Jordan

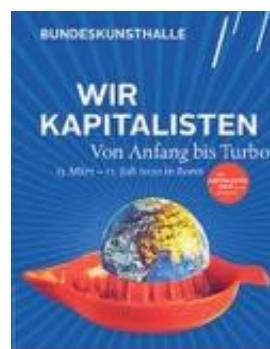
Am Anfang ist das Handy. Es ist Teil des „Kapitalismus-Games“ in der Ausstellung „Wir Kapitalisten“ in der Bundeskunsthalle in Bonn. Dort soll Kapitalismus für Besucher erfahrbar gemacht werden. Sie laden sich zunächst Ego-Punkte auf ihr Handy. Diese bekommt, wer bestimmte Emotionen wie „angeekelt“, „überrascht“ oder „ängstlich“ besonders gut mimisch darstellen kann. Darüber entscheidet eine Gesichtserkennungssoftware.

Denn auch Emotionen seien im Kapitalismus wichtig, so die Begründung. 73.300 Ego-Punkte des Besuchers zeugen von einer gelungenen Darstellung. Damit kann er im Anschluss mit einzelnen Ausstellungsobjekten interagieren, etwa mit einer Kaufmannsfrau aus dem 19. Jahrhundert, dem Maschinenmenschen Maria aus Fritz Langs Kultfilm „Metropolis“ oder dem Kapitalismuskritiker schlechthin Karl Marx. Den Chat mit dem Rauschebarträger gibt's für 2.000 Ego-Punkte. Der Theoretiker empfiehlt einem die Marx-Engels-Gesamtausgabe in 114 Bänden und endet mit „Wir sehen uns bei der Revolution.“

Es ist eine Art der Kommunikation und Kapitalismuserfahrung, die insbesondere für eine jüngere Zielgruppe wie Schulklassen ansprechend hätte sein können. Wenn die Ausstellung nicht gerade mal zwei Tage nach ihrer Eröffnung coronabedingt schon wieder hätte schließen müssen. „Für mich ist die ambivalente Erfahrung des derzeitigen

»WIR KAPITALISTEN – VON ANFANG BIS TURBO«
Ein Besuch der Ausstellung soll nach einer Wiedereröffnung noch bis 12. Juli möglich sein.

Weitere Informationen gibt es dazu unter:
www.bundeskunsthalle.de/wirkapitalisten



Macht euch die Erde untertan!
Ausstellungsplakat mit einem Motiv von Klaus Staack.

Stillstandes ein Grund für die beinahe gespenstische Treffsicherheit unserer Ausstellung“, sagt Kuratorin Henriette Pleiger im Gespräch mit dem „vorwärts“.

Inzwischen versucht die Bundeskunsthalle, die Eindrücke zumindest teilweise digital zu vermitteln. Auf ihrer Homepage hat sie einen Film darüber und einen Rundgang mit den beiden Kuratoren durch die Ausstellung veröffentlicht. Auch das Kapitalismus-Game soll noch online zugänglich gemacht werden. Dennoch fehlt das Wesentliche dieser Schau, das eigene räumliche Erleben des Kapitalismus und die daran anschließende Selbstreflexion.

Die Perversion des Kapitalismus

In wenigen Schritten geht es von den Anfängen des Kapitalismus im Mittelalter hinein in die Phase der Industrialisierung bis hin zum beginnenden Massenkonsument des 20. Jahrhunderts. In der Mitte des Raumes auf schlichten, durchnumerierten, metallischen Regalen sind die Konsumobjekte aufgereiht, sodass man nur noch zugreifen müsste.

Was gleichzeitig teilweise einer Perversion gleichkommt. Beispielsweise wenn ein Film über Land-Grabbing in Kambodscha die schauderhaften Auswüchse des westlichen Konsumverhaltens zeigt. Darin filmt ein buddhistischer Mönch, wo Dorfbewohner vertrieben wurden und jetzt ein internationaler Zuckerkonzern operiert. „Seit Generationen war das unser Land“, erzählt eine 85-Jährige, den Tränen nahe.

„Die Ausstellung zeigt, dass der Kapitalismus nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern eine Gesellschaftsordnung ist“, erläutert Kurator Wolfgang Stumpf im Gespräch mit dem „vorwärts“. Am Ende der Ausstellung raucht dem Besucher jedenfalls der Kopf, auch ohne die 114 Bände von Marx und Engels gelesen zu haben. Doch eines fehlt noch: die persönliche Auswertung. Denn je nach Konsumverhalten folgt ein persönlich zugeschnittenes Virtual-Reality Erlebnis. Versessen mit der Botschaft: „Mach's gut und lass dich nicht ausbeuten!“ ■

SICH AUCH IN DIE LAGE DER ANDEREN EINFÜHLEN

SOLIDARITÄT Auf der einen Seite zeigt die Corona-Krise beeindruckende Hilfe von Staat und Privaten. Auf der anderen Seite verschärft sie die Probleme von Bildungs- und Gender-Ungleichheit

Von Tanja Dückers

Dem Thema Solidarität kommt in Zeiten Coronas eine besondere Bedeutung zu. Die Situation scheint ambivalent zu sein: Auf der einen Seite beeindrucken öffentliche und private Hilfsaktionen. So erstaunt es, dass zum Beispiel in Berlin mittels der Soforthilfe der Investitionsbank IBB innerhalb kürzester Zeit Tausenden von Kulturschaffenden und anderen Kleinunternehmerinnen und -unternehmern finanziell unter die Arme gegriffen werden konnte. Rund eine Milliarde Euro wurde in wenigen Tagen überwiesen.

Beeindruckend ist auch das private Engagement. Um nur ein Beispiel unter vielen originellen Ideen zu nennen: Einen Berliner Segler hatte die Kritik einer Krankenpflegerin „Euren Applaus könnt ihr Euch sonst wohin stecken“ sehr beschäftigt; vor allem der Satz darin „Wir wollen auch mal reisen, uns etwas ansparen“. Prompt startete er in seiner Segler-Gemeinschaft eine Spendenaktion, um einer Person mit Partner oder Partnerin aus dem Pflegebereich mal – zu einem späteren Zeitpunkt, wenn Pflegende wieder entbehrlicher sind – einen einwöchigen Segeltörn zu ermöglichen. Das angepeilte Spendenziel war schon bald weit überschritten.

Probleme verschärfen sich

Auf der anderen Seite werden jedoch bestehende gesellschaftliche Probleme durch die Krise verschärft. Seit Jahren wird in Deutschland beklagt, dass die erfolgreiche Ausbildung der Kinder in starkem Maße von der Herkunft der Eltern abhinge. Europaweit belegt Deutschland einer OECD-Studie zufolge einen der letzten Plätze in der sogenannten „Schicht-Transparenz“, d.h. die soziale Herkunftsschicht wird selten verlassen. Mit Homeschooling auf unabsehbare Zeit werden diese Gräben tiefer, die Chancen geringer für Kinder, deren Eltern sich weniger Zeit zu Hause nehmen können oder zum Teil den Unterrichtsstoff selbst nicht verstehen. Auch wenn es derzeit keine Alternative zu den Schulschließungen gibt: Hierbei handelt es sich um ein großes sozialpädagogisches Experiment, dessen Folgen noch zu analysieren sein werden.



Gelebte Solidarität: Überall in Deutschland kaufen Menschen für ihre von Corona besonders bedrohten Nachbarinnen und Nachbarn ein.

Mit der Gendergerechtigkeit wird es derzeit auch schwierig: Sogenannte systemrelevante Berufe sind oft wenig renommiert und schlecht bezahlt – und oft genug weibliche Domänen. Nun sind es mehr Frauen als Männer, die gezwungen sind, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und sich gesundheitsgefährdenden Situationen auszusetzen: ob im Krankenhaus, als Sprechstundenhilfe in den Arztpraxen, an der Supermarktkasse oder als Erzieherin in der Notbetreuung von Kindern.

Die beiden genannten Phänomene – Bildungs- und Genderungleichheit – sind Teil eines größeren Problems: die Kluft zwischen Arm und Reich. Wer sich ins Homeoffice oder doch gleich ins eigene Ferienhaus absetzen kann, lebt derzeit gesünder, sicherer und angenehmer. Das Thema „Soziale Ungerechtigkeit“ hat die Deutschen auch vor Corona stark beschäftigt. Laut „Spiegel-Wirtschaftsmonitor“ vom Herbst 2019 belegt das Thema „die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen“ den ersten Platz, was Probleme in der Wirtschafts- und

Sozialpolitik angeht – noch deutlich vor der Vereinbarkeit von Umweltschutz und Ökonomie. Die Sorge ist begründet, denn die Ungleichheit der Einkommen hat seit der Wende stark zugenommen, das bestätigt u. a. auch der im vergangenen Jahr erschienene Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. Mit dem Gini-Koeffizient wird gemeinhin der Grad an Ungleichheit gemessen. Insbesondere zwischen 1998 und 2005 stieg er in Deutschland stark an. In Folge der Finanzkrise gab es einen leichten Rückgang, da hier gerade Wohlhabende Geld verloren, aber 2019 hatte er einen Rekordwert von 29,5 Prozent. Noch nie seit der Wende gab es solch eine große Kluft zwischen Arm und Reich. Was üblicherweise nur zu Verdruss führt, weil der eine in Martinique am Strand liegt, während der andere auf Balkonen Scrabble spielt, hat jetzt unter Umständen lebensentscheidende Folgen.

Zurückhaltung ist Rücksicht

Besonders beliebt bei wohlhabenden Deutschen sind Immobilien, gern in Form von Zweitwohnsitzen und Ferienwohnungen. In Großstädten fallen jetzt schon die leeren Parkplätze auf. Wer es sich leisten kann, hat sich aufs Land verzogen. Und schickt den Zurückgebliebenen in den Innenstädten, in denen aufgrund der Bevölkerungsverdichtung die Corona-Fallzahlen deutlich höher liegen, nun fröhliche Strandbilder, Sonnenuntergänge aus dem Allgäu, Blökende-Kuh-Bilder von der Schwäbischen Alb mit dem Verweis darauf, wie entschleunigt man doch jetzt leben würde, welche neuen Gedanken die innere Einkehr mit sich brächte, welchen kreativen Output man doch hätte und wie naturnah man lebe. Das ist dann der Hohn für die weniger entschleunigt lebende Krankenschwester, den Postboten mit vielen unfreiwilligen sozialen Kontakten oder auch für die im Homeoffice in der Großstadt arbeitende Mutter von zwei Kindern, die in einer Mietwohnung, ohne Garten, für gute Laune sorgen muss.

Vielleicht bedeutet Solidarität in Corona-Zeiten auch: etwas Einfühlung in die Situation der anderen. Zurückhaltung, wenn es einem selber prima geht, weniger Selbstauskünfte, wenn man nicht danach gefragt wird. ■



NEUE SERIE
Verroht unsere Gesellschaft?
Wie können wir wieder
solidarischer miteinander
umgehen? Welchen Beitrag
kann Politik leisten?
An dieser Stelle beleuchten
verschiedene Autoren,
wie es heute um den
sozialdemokratischen
Grundwert Solidarität
bestellt ist.



Tanja Dückers *1968 in Berlin, ist freie Schriftstellerin und Publizistin. Sie hat 18 Bücher veröffentlicht. Dückers schreibt regelmäßig für Printmedien und den Hörfunk über gesellschaftspolitische Fragestellungen.

Es ist etwa 13 Uhr, als Herbert Wehner seine Rede im Bonner Plenarsaal des Bundestages beendet. Die Stenographen notieren lang anhaltenden Beifall der SPD und von Abgeordneten der FDP. Nach 80 Minuten Rede packt der stellvertretende SPD-Chef sein 51 Seiten starkes Manuskript und verlässt zufrieden das Rednerpult.

Es ist Donnerstag, der 30. Juni 1960, ein historischer Wendepunkt in der Geschichte der Sozialdemokratie. Mit seiner Grundsatzrede vollzieht Wehner einen Kurswechsel der SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik, der den Weg zur späteren Großen Koalition und für die neue Ostpolitik unter Willy Brandt freimacht.

Im Kern geht es um die Westintegration Deutschlands, die Konrad Adenauer mit Macht vorantreibt. Vehementer Gegner dieser Politik ist in den frühen 1950er Jahren bis zu seinem Tod 1952 der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, der eine Vertiefung und Zementierung der deutschen Teilung befürchtet. Bis zu Wehnens Rede verfolgt die Sozialdemokratie die „Wiedervereinigung durch Bündnisfreiheit“, wie es Erich Ollenhauer 1957 formuliert. Die Mitgliedschaft im Europarat und in der Montanunion (1951), der Beitritt zur Westeuropäischen Union und der NATO (1955) und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom (1957) passen nicht in dieses Konzept.

SPD 1959 auf Schumacher-Linie

Noch 1959 verabschiedet die SPD ihren Deutschlandplan. Er sieht in Mitteleuropa eine entmilitarisierte und atomwaffenfreie Entspannungszone vor und soll die Wiedervereinigung ermöglichen. USA und UdSSR, die sich im Kalten Krieg gegenüberstehen, lehnen ab. Und es kommt noch schlimmer. Im Mai 1960 platzt das Pariser Gipfeltreffen der vier Siegermächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich, die eigentlich die Krise um den Status von Berlin entspannen sollen. Stattdessen verschärft sich der Kalte Krieg.

In seiner Grundsatzrede leitet Wehner nun die Wende ein und löst die SPD vom



Da staunt Adenauer: Herbert Wehner verkündet während der außenpolitischen Debatte am 30. Juni 1960 im Bundestag in Bonn den Kurswechsel der SPD.

SPD AKZEPIERT WESTINTEGRATION

VOR 60 JAHREN Mit einer Grundsatzrede vollzieht Herbert Wehner am 30. Juni 1960 einen spektakulären Kurswechsel. Die SPD stellt sich damit hinter die Außen- und Sicherheitspolitik Konrad Adenauers und verabschiedet sich so vom Erbe Kurt Schumachers

Von Thomas Horsmann



Glückwunsch: SPD-Chef Brandt (l.) gratuliert Wehner 1960 zu dessen Wahl als Vizechef.



Vordenker mit Pfeife: Herbert Wehner im Jahr 1969

Primat der Wiedervereinigung: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht davon aus, dass das europäische und das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist.“ Damit setzt die Partei ihren Reformkurs zur Volkspartei fort, den sie 1959 mit dem Godesberger Programm eingeschlagen hat.

Wehner geht sogar noch weiter: „Innenpolitische Gegnerschaft belebt die Demokratie. Aber ein Feindverhältnis, wie es von manchen gesucht und angestrebt wird, tötet schließlich die Demokratie, so harmlos das auch anfangen mag. Das geteilte Deutschland, meine Damen und Herren, kann nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen.“ Das ist ein Angebot für Zusammenarbeit in den wichtigsten außenpolitischen Fragen: Wiedervereinigung, Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.

CDU und SPD auf gleichem Kurs?

Auch wenn die Union skeptisch bleibt und es noch Jahre dauert, bis es zu einer Koalition kommt, titelt die „Bild“-Zeitung am 1. Juli: „Endlich: CDU und SPD auf gleichem Kurs“. Das Springer-Blatt fragt in seinem Artikel, ob es nun eine gemeinsame Außenpolitik von SPD und CDU gebe.

Die festgefahrene Innenpolitik kommt durch Wehnens Rede in Bewegung. Die Union kann die Außenpolitik nicht mehr im Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten nutzen. Innenpolitische Themen rücken in den Vordergrund. Der Journalist Günter Gaus dazu: In einem einzigen Schritt habe die Rede eine neue Ausgangslage herbeigeführt, „von der aus alle Beziehungen zwischen den Fraktionen des Parlaments und ihren Parteien einen von Grund auf veränderten Bezugspunkt hatten“.

Noch im Juli 1960 macht das Parteipräsidium der SPD den Regierenden Bürgermeister von Berlin Willy Brandt zum Kanzlerkandidaten. Die Weichen für eine neue Politik sind gestellt. ■

VORWÄRTS-IMPRESSUM

Die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie gegründet 1876 von W. Hasenclever und W. Liebknecht

Herausgeber: Lars Klingbeil Redaktionsadresse: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 610322, 10925 Berlin; Tel. 030/25594-100, Fax 030/25594-192,

E-Mail: redaktion@vorwaerts.de Chefredakteurin: Karin Nink (V.i.S.d.P.) Redaktion: Kai Doering (stellv. Chefredakteur); Lars Haferkamp (Textchef); Dagmar Günther (CvD);

Vera Rosigkeit, Jonas Jordan, Benedikt Dittrich; Birgit Güll (redaktionelle Mitarbeit); Julia Korbik (freie Mitarbeit)

Fotografie, Bildredaktion und Titelgestaltung: Dirk Bleicker Layout: Jana Schulze

Geschäftsführung: Karin Nink, Kerstin Thomberg Anzeigen: ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Thomas Mühlnickel (Geschäftsführung), Kerstin Böhm,

Simone Roch, Henning Witzel; Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 43 vom 1.1.2020 Vertrieb: ASK, Stefanie Martin, Tel. 030/7407316-61, s.martin@ask-berlin.de

Litho: metagate Berlin GmbH Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Abonnement: IPS Services GmbH, Postfach 1331, 53335 Meckenheim; Tel. 02225/7085-366, Fax -399; bei Bestellung Inland: Jahresabopreis 13,20 Euro; für Schüler/Studenten 10,80 Euro; alle Preise inkl. Versandkosten und 7 Prozent MwSt.; Ausland: Jahresabopreis 13,20 Euro zzgl. Versandkosten. Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Für SPD-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten (bei Änderungen bitte an den SPD-UB wenden).

Bankverbindung: Berliner Sparkasse, BIC BELADEBEXXX, IBAN DE67 1005 0000 0190 5279 94

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadensersatz oder Minderung des Bezugspreises. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen wird keine Haftung übernommen.



Der Gesuchte vor einer Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 23. Februar 1981 in Bonn zusammen mit Peter Glotz (m.) und Hans-Jürgen Wischnewski

WER WAR'S?

Der kompetente Minister stürzt 1978 über eine Affäre. Für die SPD übernimmt er danach eine wichtige Aufgabe

Von Lothar Pollähne

Nach jahrelangen Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern verabschiedet der Bundestag 1964 das erste Raumordnungsgesetz. Sein Verfasser ist ein Ministerialdirigent aus dem Hause des christdemokratischen Bundesbauministers Paul Lücke. Noch im selben Jahr wird der Raumplaner Mitglied der SPD und Berater der SPD-Bundestagsfraktion. Geboren am 12. Juni 1920 in Werfen in Westfalen, studiert er nach Abitur und Kriegsdienst Jura in Göttingen, Köln und Bonn. Nach dem ersten Staatsexamen arbeitet er als Referent beim Deutschen Städtetag, Chefsyndikus des „Verbandes Kommunaler Unternehmen“ und Direktor des „Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk“.

Nach der Landtagswahl 1966 beruft ihn der neue Ministerpräsident in NRW Heinz Kühn zum Chef der Staatskanzlei. „Der ehrgeizige und hochbefähigte Mann konnte sich so sehr auf mein Vertrauen und ich mich auf seine Loyalität verlassen, dass wir scherhaft vom ‚regierenden Staatssekretär‘ sprachen“, erinnert sich Kühn. In dieser Funktion hat er maßgeblichen Anteil am „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“. 1972 zieht er über die Landesliste in den nordrhein-westfälischen Landtag ein und wird erst Minister für Bundesangelegenheiten und 1975 Finanzminister. Von diesem Amt tritt er Anfang 1978 im Zuge der „Poullain-Affäre“ um die Westdeutsche Landesbank zurück, da ihm die Staatsaufsicht obliegt. Von 1978 bis 1984 wird der Honorarprofessor für Planungs- und Baurecht als Nachfolger von Wilhelm Dröscher Bundesschatzmeister der SPD und damit Präsidiumsmitglied. Hoch angesehen stirbt er am 3. November 2010 in Köln. ■

HISTORISCHES BILDER-RÄTSEL

Die Lösung des Bilder-Rätsels aus der vergangenen Ausgabe lautet: **ERNST HEILMANN**. Die vorwärts-Tasche hat gewonnen:

Johann Intemann
27299 Langwedel

GEWINNER

Die Lösung des jüngsten Preisrätsels lautet:
KASSE

Gesucht wurden außerdem: **ESKEN** und **STUTTGART**

Jeweils ein Buch gewannen:

Beate Reich
53424 Remagen

Werner Filzinger
36341 Lauterbach

Dr. Jens Späth
66123 Saarbrücken

Ursula Hegele
89168 Niederstotzingen

Siegfried Hertel
71111 Waldenbuch

Alice Kellermeier
32423 Minden

Jürgen Weitz
41515 Grevenbroich

D.-Lutz Pertek
90542 Eckental

Margret Höflinger
49186 Bad Iburg

Joachim Kubista
01328 Dresden

KREUZWORTRÄTSEL

Die Fragen und das Kreuzworträtsel darunter ergeben die Lösung.

Der Rheinländer... setzte sich als Finanzminister gegen Widerstände für mehr Steuertransparenz ein, bevor er 2019 in den Vorsitz der Partei gewählt wurde. Der erste seiner Nachnamen?

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

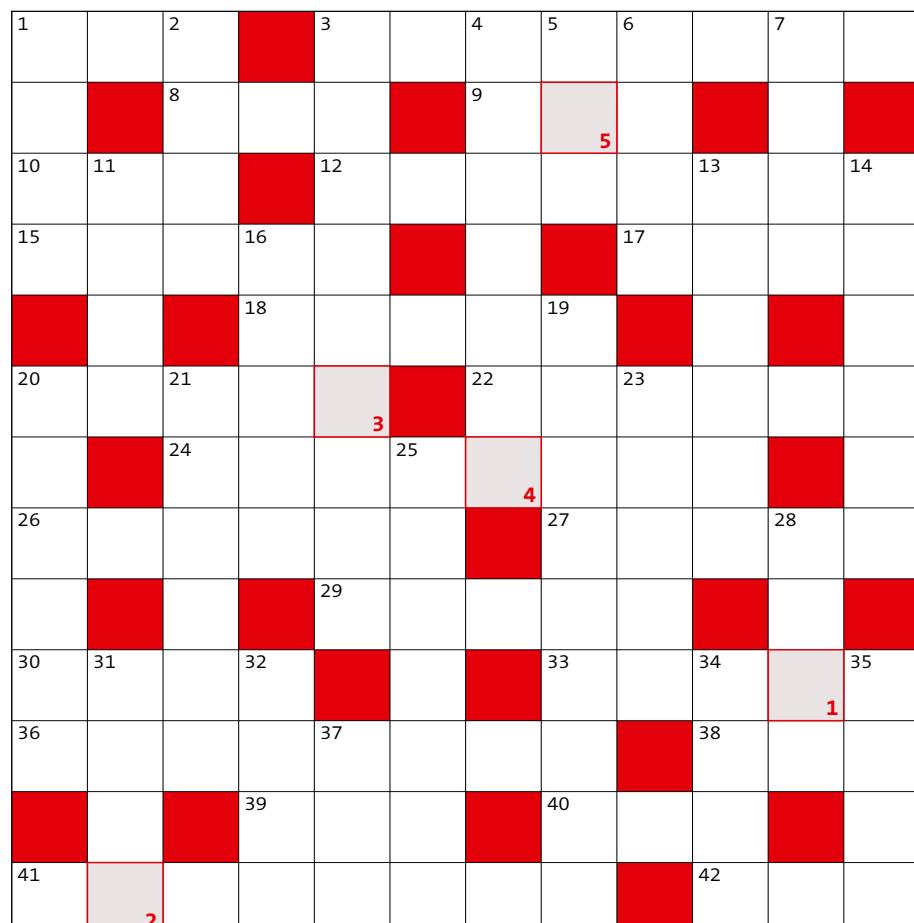
Geboren... ist er in einer rheinischen Doppelstadt, die bis zur Gebietsreform über einen politischen Sonderstatus verfügte und unter anderem bundesweit für eine Spirituose bekannt ist.

1	2	3	4	5	6	7	8	
9	10	11	12	13	14	15	16	17

ES GIBT ZWEI WEGE, DAS PREISRÄTSEL ZU LÖSEN:

Ratefüchse beantworten zuerst die beiden Fragen. Der erste, vierte und fünfte Buchstabe des ersten Lösungswortes sowie der zweite und dritte Buchstabe des zweiten Lösungswortes ergeben in der richtigen Reihenfolge die Lösung. Es geht aber auch einfacher: **Die grauen Felder im Kreuzworträtsel ergeben in der richtigen Reihenfolge das Lösungswort**. Gesucht wird einer der wichtigsten moralisch-ethischen Begriffe.

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---



WAAGERECHT

1 Meeressäugetier

3 Mediziner im Staatsdienst

8 großer Nachtvogel

9 Fragewort (4. Fall)

10 jetzt

12 früheres Haushaltsgerät

15 leichter Schlag (ugs.)

17 Währungseinheit

18 dick, wohlgenährt

20 ungezwungen

22 leidenschaftlich

nach etwas streben

24 Gelbes im Hühnerprodukt

SENKRECHT

26 jemand, der andere gesund macht

27 der gleichen Meinung

29 altes Wegemaß

30 Titel arab. Fürsten

33 englisch: braun

36 japan. Hafenstadt

38 deutscher Bundes-

präsident (Johannes)

39 elektrisch geladenes

Teilchen

40 seemännisch:

Windschattenseite

41 Edelmetall von

hoher Reinheit

42 Schnell!; Ab!

19 Teil der Zeitschrift, Cover

20 unterrichten

21 übertrieben sparsam

23 Party, Festlichkeit

25 Gewürz aus getrockneten Blättern

28 US-Bundesstaat

31 südamerikanischer Tee

32 Ackergrenze

34 russische Stadt an der Oka

35 Hartschalenfrucht

37 Strudelwirkung

Die richtige Lösung schicken Sie bitte **bis zum 12. Juni 2020** per Post an

vorwärts, Postfach 610322, 10925 Berlin oder per E-Mail an **raetsel@vorwaerts.de**.

Bitte Absender nicht vergessen und ausreichend frankieren! Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir zehn Bücher.

ES KÖNNTE ETWAS WERDEN MIT DER SPD 4.0

NEUE SPD Die digitale politische Arbeit hat manche Vorteile – gerade in Zeiten der Corona-Pandemie. Aber in einem Punkt bin ich mittlerweile illusionsfrei: Das Digitale befreit nicht von entnervenden Wortbeiträgen

Von Martin Kaysh

Mancher lebt im Digital der Ahnungslosen, andere gucken böse, wenn du deren neueste Idee zum OV-Grillfest nicht prompt bei Instagram likest. Bald treten auch die der SPD bei, die ein Parteiprogramm niemals lesen, sondern bei YouTube als Erklärvideo anschauen würden – nebenher, während sie gleichzeitig Computerspiele zocken und bei WhatsApp Sprachnachrichten verschicken.

Da teilt sich die Welt. Andere spielen noch „Mensch, ärgere Dich nicht“. Die Innovativen in dieser Analogwelt denken vielleicht gerade darüber nach, eine Brieftaube mit einem Papageien zu kreuzen, weil... dann könnte man analoge Sprachnachrichten verschicken.

Die digitale politische Arbeit – wir haben sie in der Corona-Krise intensiv kennengelernt. Aber auch Pioniere der Computerpolitik haben in den letzten Wochen noch einmal ein höheres Level erreicht. Jetzt diskutiert man sowas wie

eine SPD 4.0. So als brauche das Neuland einen modernen und gerechten Sound.

Gibt es bald den beschlussfähigen Ortsverein Digitalien Nord? Wäre man von den monatlichen Kneipensitzungen mit Genossen befreit, denen niemand zuhört, oft nicht einmal sie selbst?

Da sind wir mittlerweile allerdings illusionsfrei: Das Digitale befreit nicht von entnervenden Beiträgen. (Aber wenigstens wird während einer langen virtuellen Sitzung das Bier nicht schal.) Gäbe es dann statt des Schriftführers einen Clickwart, der kontrolliert, ob im Elektronischen alles mit rechten Dingen zugeht?

Von Georg Christoph Lichtenberg stammt die Erkenntnis: „Ein Buch ist ein Spiegel, wenn ein Affe hineinsieht, so kann kein Apostel herausgucken.“ Im Internet läuft es im schlimmsten Fall umgekehrt, dann guckt der Apostel hinein, der Affe aber heraus. Auch Marx ließe sich modernisieren. Das Opium des Vol-



»
**Erst lesen,
dann
brüllen.
Das kennen
viele
nicht.«**◀

Martin Kaysh

kes von heute hätte allerdings mehr mit Bits als mit Beten zu tun. Wobei parallel zur Künstlichen Intelligenz die natürliche Blödheit zu wachsen scheint.

Vom Ortsverein kennt man ihn, den immer redenden Genossen, Typ Hubert, der nicht immer viel weiß, das dafür aber stets besser. Im Netz heißen diese Zeitgenossen EbertsErben78 oder Sexy_Revolution4.0. Sie tauchen in Scharen auf und haben zu jedem Thema Dutzende von Meinungen oder zu Dutzenden von Themen stets nur die eine Meinung. Meist die, die man ja wohl noch wird sagen dürfen.

Kommentarspalten von Netzinhalten quellen oft über von Trollen, rechter Hetze und Meinungsmüll. Wie man das Problem mit boshaften Äußerungen löst, zeigt ein norwegischer Rundfunksender auf komische Art. Wer dort im Netz Beiträge kommentieren will, muss zuvor ein kleines Quiz zum Inhalt lösen. Erst lesen, dann brüllen. Das kennen viele nicht.

Es könnte was werden mit der SPD 4.0. Spätestens dann, wenn die Analogen feststellen, dass bei der Kreuzung von Brieftaube und Papagei nur eines herauskommt: bunter Vogelschiss. ■

ILLUSTRATION: CHRISTINA BRETSCHNEIDER. FOTO: STANDOOUT



Martin Kaysh
ist Kabarettist,
Alternativkarnevalist
(„Geierabend“) und
Blogger. Er lebt im
Ruhrgebiet, freiwillig.



Heiko Sakurai
ist Karikaturist und
gebürtiger Ruhrpottler,
lebt aber in Köln, auch
freiwillig.



DIE AGENTUR AN EURER SEITE



EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel

Geschäftsführer

muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen

Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.

eighteen@ask-berlin.de

ASK.Berlin ist ein Unternehmen der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600



WWW.ASK-BERLIN.DE



Markenartikel
zu Bestpreisen

Neu für Sie zum
Kennenlernen:
bis zu 49% Preisvorteil!

Trekingsandalen: sportlich-modisch mit Profilsohle!



Für Damen
und Herren



NORDCAP

- Weiche und dämpfende Innensohle
- Mit Kontrast-Ziernähten und modischen Extras
- Obermaterial: extraleichtes Polyurethan
- Innensohle: weiches Leder
- Laufsohle und Futter: Synthetik

Optimal regulierbar durch drei Klettverschlüsse



Trekking sandale	
anthrazit	Art.-Nr. 62.402.255
jeansblau	Art.-Nr. 62.402.268
sand	Art.-Nr. 62.402.271
Größen	
37 38 39 40 41 42 43 44 45 46	

Komfortabel gepolstert

Decksohle aus Leder

BESTELLSCHEIN D30348 mit 30 Tage Rückgaberecht

Bestellen leicht gemacht!
bestellen@personalshop.com

0 69 / 92 10 110
FAX 069 / 92 10 11 800

25% Rabatt auf ALLES erhalten Sie auf
www.personalshop.com



SO SPAREN SIE 25%:

1. Loggen Sie sich mit Ihrem PIN-Code **D30348** im Shop ein.
2. Ihr 25% Rabatt wird automatisch bei allen Artikeln berücksichtigt.
3. Schicken Sie Ihre Bestellung ab!

25%
Neukunden-Rabatt
auf ALLE Artikel!

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,99

Name, Vorname:

Straße / Nr.:

PLZ / Ort:

Geb. Datum: E-Mail:

Wir verwenden Ihre E-Mail-Adresse, um Sie über Aktionsangebote zu informieren. Dem können Sie jederzeit widersprechen.

Gleich einsenden an:
Personalshop
Bahnhofstraße 500
82467 Garmisch-P.

5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“ ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

* Stattpreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UP). Solange der Vorrat reicht.

** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com